

Schwerpunkte
Projekte
Kampagnen

JAHRESBERICHT

der Kommission Polizeiliche
Kriminalprävention der
Länder und des Bundes

Wir wollen,
dass Sie
sicher leben.



Ihre Polizei

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	4
---------	---

01 – SCHWERPUNKTPROJEKTE 2025

Schutz vor Internetgefahren	8
Hasskriminalität erkennen und entgegenwirken	10
Einbruch: Schutz durch Aufklärung	12
Religiös motivierte Provokationen in der Schule: Handlungssicherheit für Lehrerinnen und Lehrer	14
Künstliche Intelligenz in der Prävention: Arbeitsgruppe erarbeitet modulares Stufenkonzept	15
Im Fokus: Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SäM)	16
Polizeilicher Opferschutz: Informationen für Betroffene werden überarbeitet	18
Mehr Sicherheit für Frauen im öffentlichen Raum und im ÖPV	20
Schutz von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern	22

02 – ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Präsentation kriminalpräventiver Botschaften auf Fachmessen	26
Angebote für Journalistinnen und Journalisten, Bürgerinnen und Bürger	28
Interne Newsletter: Informationen für Polizeibeschäftigte	29
Angebote für Führungskräfte der Polizei	30

03 – QUALITÄTSSICHERUNG

Jährlicher Prüfzyklus gewährleistet hohen Standard der ProPK-Produkte	34
Wirkungsorientierte Präventionsarbeit: Etablierung neuer Standards	36

04 – FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT

Cybersicherheitsmonitor 2025: Trotz hoher Betroffenheit schützen sich Menschen immer weniger vor Cyberkriminalität	40
--	----

05 – KOMMISSION POLIZEILICHE KRIMINALPRÄVENTION

Gremienstruktur und Organisation	46
Arbeitsgebiete	48
Projektgruppen	50
Kooperationspartner	54

06 – MEDIEN DER POLIZEILICHEN KRIMINALPRÄVENTION

Angebote für die Bevölkerung	62
Angebote für Fachkräfte und Multiplikatoren	70
Interne Angebote für die Polizei	73
Online-Angebote	74
Social Media-Angebote	76

Ansprechpartner der Polizeilichen Kriminalprävention	78
Impressum	79

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,



Sicherheit ist ein zentrales Bedürfnis und die Voraussetzung für Zusammenhalt und Vertrauen in einer offenen Gesellschaft. Sicherheit entsteht dort, wo Menschen gemeinsam Verantwortung übernehmen. Das vergangene Jahr hat erneut gezeigt, dass Prävention weit mehr ist als die Abwehr von Risiken – sie ist Ausdruck von Vertrauen, Zusammenarbeit und dem Willen, unser gesellschaftliches Miteinander aktiv zu gestalten.

2025 war ein Jahr, in dem Sicherheit auf verschiedene Art und Weise gefährdet war: Im digitalen Raum mit der Verbreitung von Missbrauch oder Gewalt in Online-Communities, mit gezielten Täuschungs- und Betrugs-handlungen, mit Angriffen auf Verantwortungsträger, aber auch im öffentlichen Leben. Parallel dazu haben Phänomene wie Sabotage, Desinformation und der Einsatz Künstlicher Intelligenz neue Fragen an Prävention, Kommunikation und Vertrauen gestellt.

SICHERHEIT ENTSTEHT DORT,

WO MENSCHEN GEMEINSAM

VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN.

Wir haben auf diese Entwicklungen mit einer Vielzahl abgestimmter Maßnahmen reagiert:

- › Mit der Weiterführung der Kampagne „Sounds Wrong“ wurden junge Menschen gezielt und mit klaren Botschaften darüber aufgeklärt, wie sie mit Missbrauchsdarstellungen umgehen können.
- › Die Kampagne „AnsichtsSache“ trägt zur Stärkung des Sicherheitsgefühls im öffentlichen Raum bei, sensibilisiert für Unsicherheitsfaktoren und mehr Rücksichtnahme.

- › Für die polizeiliche Empfehlungspraxis bietet der Beratungsleitfaden „Sicherheit für Amts- und Mandatsträger und Personen des öffentlichen Lebens“ eine einheitliche Grundlage und trägt – ergänzt um die Broschüre mit Sicherungsempfehlungen – der gesellschaftlichen Bedeutung dieser Zielgruppe Rechnung.
- › Ein besonderes Augenmerk galt und gilt auch weiterhin der Bekämpfung von Hasskriminalität, die nicht nur individuell betroffen macht, sondern das gesellschaftliche Miteinander als Ganzes untergräbt. Hierzu wurde mit hohem Einsatz ein Konzept erarbeitet, wie Sensibilisierung und Aufklärung über die Strafbarkeit und Folgen wirkungsorientiert erfolgen können.

Der vorliegende Jahresbericht gibt detaillierte Einblicke in diese Arbeit: Er dokumentiert Fortschritte, benennt Handlungsfelder und zeigt, dass Prävention mehr denn je von Wissenstransfer, Vertrauen und einem gemeinsamen Verständnis von Sicherheit geprägt ist.



Xenia Schmidt-Esse

Vorsitzende der Kommission Polizeiliche
Kriminalprävention der Länder und des Bundes

SCHWERPUNKT- PROJEKTE 2025 01

INTERNET

SCHUTZ VOR INTERNETGEFAHREN

Kriminalität im Internet ist keine Ausnahmeerscheinung, sondern in vielen Bereichen ein alltägliches Problem. Laut dem Cybersicherheitsmonitor 2025, einer bundesweiten repräsentativen Bürgerbefragung, informieren sich nur 14 Prozent der Befragten regelmäßig zu Cybersicherheit, hin und wieder sind es immerhin 40 Prozent. Jede/r Vierte informiert sich hingegen nie. Ziel der Polizeilichen Kriminalprävention ist es, dieses Verhalten dahingehend positiv zu unterstützen, indem Informationen zur Cybersicherheit gut verständlich formuliert werden und Tipps und Handlungsempfehlungen weiter regelmäßig in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden.

Ziele

- › Reduzierung von Straftaten mit dem Tatmittel Internet
- › Information über Gefahren und Kriminalitätsformen im Zusammenhang mit digitalen Medien
- › Aufklärung über die Strafbarkeit von bestimmten Handlungen im Internet und Vermittlung von Schutzmöglichkeiten

Zielgruppen

- › Bevölkerung allgemein
- › Seniorinnen und Senioren
- › Kinder und Jugendliche
- › Polizeibeschäftigte

Phänomen „Cybertrading-Fraud“

Unseriöse Online-Tradingplattformen stellen eines der dynamischsten Kriminalitätsphänomene der digitalen Gegenwart dar. Beim sogenannten Cybertrading-Fraud (Anlagebetrug im Internet) werden potenzielle Anleger zu Geldzahlungen für vermeintlich lukrative Investitionsgeschäfte verleitet. Die Tatbegehung findet ausschließlich in der virtuellen Welt statt, das kriminelle Handeln der Tätergruppierungen ist grenzüberschreitend. Um die Bevölkerung zielgruppenorientiert über das Phänomen des Cybertrading-Fraud aufzuklären, hat sich die Projektgruppe „Mediensicherheit“ im Jahr 2025 mit dem Thema befasst. Die Problem- und Ursachenanalyse der Projektgruppe hat einen hohen Handlungsbedarf verdeutlicht: Neue digitale Werbe-, Kommunikations- und Täuschungsformen, ein diffuses Dunkelfeld durch einen leichten Zugang zu Cybertrading-Plattformen und die massenhafte Nutzung persönlicher und manipulativer Begleitungsstrategien führen zu einer signifikanten Opferausweitung und stetig steigenden Schadenssummen in der Bevölkerung. Aktuell wird an der Umsetzung der von der Projektgruppe vorgeschlagenen Präventionsmaßnahmen gearbeitet, die voraussichtlich im ersten Halbjahr 2026 starten werden.

UNSERIÖSE ONLINE-TRADINGPLATTFORMEN STELLEN EINES DER DYNAMISCHSTEN KRIMINALITÄTSPHÄNOMENE DER DIGITALEN GEGENWART DAR.

Bürgerbefragung zur Cybersicherheit

Darüber hinaus fand 2025 wieder die jährliche, bundesweit repräsentative Bürgerbefragung der Polizeilichen Kriminalprävention und des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) statt. Personen ab 14 Jahren wurden unter anderem zu ihren Erfahrungen mit Straftaten im Internet befragt. Die Ergebnisse der Befragung sind im „Cybersicherheitsmonitor (CyMon) 2025“ zusammengefasst. Der CyMon hat sich zu einer wichtigen handlungsleitenden Arbeitsgrundlage der Polizeilichen Kriminalprävention entwickelt, da sich daraus sehr zielgenau differenzierte Erkenntnisse für die praktische Vorbeugungsarbeit ableiten lassen.

Der Kurzbericht mit der Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse kann unter www.polizei-beratung.de/fileadmin/Dokumente/Cybersicherheitsmonitor-CyMon-2025-Bericht.pdf heruntergeladen werden. Den Bericht zum Fokusthema „Digitaler Familienalltag“ finden Sie unter www.polizei-beratung.de/fileadmin/Dokumente/Cybersicherheitsmonitor-2025-DigitalerFamilienalltag.pdf. Alle weiteren Zahlen und Fakten zum CyMon finden Sie ab S. 40.

2026 wird die repräsentative Bürgerbefragung von Polizei und BSI zum achten Mal durchgeführt und ermöglicht es dadurch, Relevanz und konkrete Herausforderungen von Cybersicherheit in der Bevölkerung über einen längeren Zeitraum zu betrachten. Fokusthema wird „Online-Betrug und KI“ sein.

Kampagne „Sounds Wrong“

Nachdem die Projektgruppe „Mediensicherheit“ die 2021 gestartete Kampagne „Sounds Wrong“ gegen die Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen über das Internet im Jahr 2024 noch einmal deutlich intensiviert sowie optisch und inhaltlich grundlegend überarbeitet hat, wurde die Social Media-Kampagne aufgrund der sehr guten Resonanz bei den Zielgruppen und Multiplikatoren 2025 verlängert. Design, Sprache und die Medienformate richten sich noch direkter an junge Menschen – mit der klaren Handlungsanweisung „Melden statt teilen“. Die Kampagne will bei Kindern und Jugendlichen das Bewusstsein entwickeln und stärken, dass einfach Mitmachen, Wegschauen oder Ignorieren die falschen Wege sind. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die positive Selbstwirksamkeit: Weg von negativen Botschaften und Abschreckung – hin zu einer klaren Handlungsaufforderung, die leicht umzusetzen ist.



- Die Kampagne „Sounds Wrong“ fordert junge Menschen dazu auf, nicht wegzuschauen.

HASSKRIMINALITÄT ERKENNEN UND ENTGEGENWIRKEN

Jede und jeder Einzelne in unserer Gesellschaft kann von Hasskriminalität betroffen sein. Betroffene sind oftmals in ihrem subjektiven Sicherheitsgefühl nachhaltig beeinträchtigt und verbergen in der Folge möglicherweise ihre identitätsstiftenden Merkmale. In der Konsequenz führt dies dazu, dass sich beispielsweise politisch engagierte bzw. ehrenamtlich tätige Menschen nach Hasskriminalitätserlebnissen von ihrem Engagement dauerhaft zurückziehen. Durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verliert unsere Gesellschaft an Vielfalt und Diversität. Folge kann unter anderem ein einseitigerer Diskurs sein, weil sich Betroffene nach dem Erleben von Hasskriminalität nicht mehr trauen, ihre Meinung in die politischen und gesellschaftlichen Prozesse einzubringen, und marginalisierte sowie vulnerable Gruppen sich zurückziehen. Hasskriminalität trägt damit zu einer Schwächung unserer wehrhaften Demokratie bei. Der Polizei obliegt es unter anderem, die Vielfalt in unserer Gesellschaft zu schützen und der Gesamtgesellschaft zu verdeutlichen, dass eine Verantwortungsübernahme jedes Einzelnen gefordert ist, um der Hasskriminalität entschieden entgegenzuwirken. Die Projektgruppe „Hasskriminalität“ hat daher eine konkrete Zielsetzung erarbeitet, mit der dem wachsenden Problem der Hasskriminalität begegnet werden soll.

Ziele

- › Sensibilisierung und Aufklärung über die Strafbarkeit von bestimmten Handlungen der Hasskriminalität sowie über individuelle und gesamtgesellschaftliche Folgen und Formen von Hasskriminalität
- › Vermittlung von Handlungsoptionen, wie bspw. Schutzmöglichkeiten
- › Stärkung der Vertrauensbildung der Polizei gegenüber der Bevölkerung und bei Betroffenen
- › Steigerung der Anzeigebereitschaft bei Delikten der Hasskriminalität
- › Förderung der Zivilcourage und Solidarität

Zielgruppen

- › Polizeibeschäftigte
- › Bevölkerung allgemein
- › von Hasskriminalität besonders betroffene Bevölkerungsgruppen



Interne Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne

Eine der ersten Maßnahmen zur Umsetzung der genannten Ziele ist die Konzeption und Umsetzung einer polizeiinternen Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne, deren Veröffentlichung für das erste Halbjahr 2026 vorgesehen ist.

Im Rahmen der Kampagne werden Videos im Graphic-Novel-Stil produziert, die als freiwillige Weiterbildungsmöglichkeit eingesetzt werden sollen. Ziel ist es, Polizeibeamtinnen und -beamte für das Phänomen der Hasskriminalität sowie für die besondere Situation der betroffenen Opfer zu sensibilisieren. Die Videos sollen dazu beitragen, Hasskriminalität sicher zu erkennen und bei der Anzeigenaufnahme angemessen zu reagieren. Dazu zählt beispielsweise die Weiterleitung der Verfahren an den Staatsschutz.

Insgesamt werden neun Videos entwickelt: Acht Themenvideos, die jeweils eine spezifische Form von Hasskriminalität behandeln, sowie ein einleitender Trailer, der einen Überblick über die Kampagne und das Thema Hasskriminalität im Allgemeinen vermittelt.

DURCH GRUPPENBEZOGENE

MENSCHENFEINDLICHKEIT VERLIERT

UNSERE GESELLSCHAFT AN VIELFALT

UND DIVERSITÄT.

Die Themen der Videos

- › Frauenfeindlichkeit
- › LSBTIQ*
- › Fremdenfeindlichkeit
- › gesellschaftlicher Status
- › Antiziganismus
- › politische Äußerungen
- › Menschen mit Behinderungen
- › religiöse Zugehörigkeit

EINBRUCH: SCHUTZ DURCH AUFKLÄRUNG

Ein Einbruch in die eigenen vier Wände ist für viele Menschen ein großer Schock. Die Verletzung der Privatsphäre, das verloren gegangene Sicherheitsgefühl oder auch schwerwiegende psychische Folgen, die nach einem Einbruch auftreten können, sind für die Betroffenen meist schlimmer als der rein materielle Schaden. Doch viele Einbrüche können durch richtiges Verhalten und die richtige Sicherungstechnik verhindert werden.

Dass Präventionsmaßnahmen wirken, belegt der hohe Versuchsanteil beim Wohnungseinbruch: So blieben im Jahr 2024 nahezu die Hälfte (45,7 Prozent) der Einbruchsdelikte im Versuchsstadium stecken. Ein Grund für die Projektgruppe „Eigentumsdelikte“, die seit 2012 bestehende Öffentlichkeitskampagne K-EINBRUCH fortzusetzen und die Maßnahmen zum effektiven Einbruchschutz zu intensivieren.

Ziele

- › Reduzierung der Einbruchskriminalität
- › Sensibilisierung der Bevölkerung für eine eigenverantwortliche Einbruchsvorsorge
- › Weiterentwicklung bundeseinheitlicher Standards der polizeilichen Fachberatung
- › Erarbeitung eines bundeseinheitlichen Bildungsangebots im Arbeitsfeld technische Prävention

Zielgruppen

- › Bevölkerung allgemein
- › privat Bauende und Renovierende
- › Wohnungsunternehmen, Hausverwaltungen, Architekturbüros, Bauplanende, Energieberaterinnen und -berater
- › Fachleute der (Kriminal-)Polizeilichen Beratungsstellen bzw. polizeiliche Fachberaterinnen und -berater
- › Mitgliedsunternehmen der unterstützenden Verbände

Kampagne K-EINBRUCH

Die Kampagne K-EINBRUCH ruft die Bevölkerung zu mehr Eigenverantwortung auf und will sie dafür sensibilisieren, in geprüfte und zertifizierte Sicherungstechnik zu investieren. Mit dem Internetangebot **www.k-einbruch.de** bietet die Polizei produktneutrale Informationen und Verhaltensempfehlungen zum Einbruchschutz. Um die Suche nach Herstellern von geprüften und zertifizierten Produkten sowie polizeilich empfohlenen Fachbetrieben zu erleichtern, stehen unter **www.k-einbruch.de/fachbetriebssuche** bzw. **www.k-einbruch.de/herstellersuche** Suchmaschinen zur Verfügung.

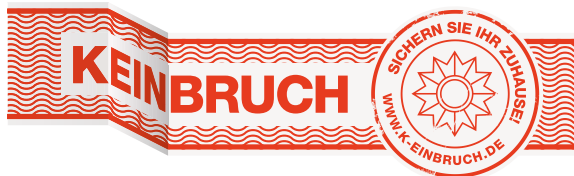
**VIELE EINBRÜCHE KÖNNEN DURCH
RICHTIGES VERHALTEN UND
DIE RICHTIGE SICHERUNGSTECHNIK
VERHINDERT WERDEN.**

Wichtige Informationen erhalten Bürgerinnen und Bürger auch zum jährlichen „Tag des Einbruchschutzes“, der am Tag der Zeitumstellung von der Sommer- auf die Winterzeit stattfindet. Die Polizei ruft an diesem Aktionstag dazu auf, die durch die Zeitumstellung gewonnene Stunde zu nutzen, um sich über Einbruchschutz zu informieren. Kooperationspartner wie Fachbetriebe, Versicherungen und Wirtschaftsverbände beteiligen sich an dem Aktionstag und zeigen, wie Bewohnerinnen und Bewohner ihr Haus sichern können.



Bundesweit abgestimmte Standards für polizeiliche Beratungen

Die Standardisierung in der technischen Beratung der Polizei hat die Projektgruppe konsequent fortgesetzt. Nachdem in den Vorjahren Leitfäden zu den Themen Notfall- und Gefahren-Reaktions-Systeme (NGRS), Absicherung von befriedetem Besitztum von Anbauvereinbarungen im Sinne des Cannabisgesetzes, Sicherung von Feuerwehrhäusern, Zutrittskontrollanlagen (ZKA) sowie Sicherung von Betriebsbereichen, die der Störfall-Verordnung unterliegen, erarbeitet wurden, hat die Projektgruppe in diesem Jahr ein bundeseinheitliches Beraterhandbuch sowie einen Leitfaden für die Beratung von Objekten der kritischen Infrastruktur (KRITIS) entwickelt. Die Orientierungshilfe zur sicherungstechnischen Beratung zum Schutz von Objekten gegen Angriffe mittels Drohnen (Unmanned Aircraft Systems, UAS) wurde in Revision genommen und aktualisiert. Die Leitfäden sind in EXTRAPOL unter <https://k-einbruch.extrapol.de/sicherheitstipps> eingestellt.



Zu beachten ist, dass diese nur polizeiintern verwendet und nur auszugsweise an Dritte herausgegeben werden dürfen. Außerdem hat sich die Projektgruppe mit dem Thema „Schutz von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern befasst (s. S. 22).

Arbeitsgemeinschaft EMA-Fachfirmen-Zertifizierung (ARGE-EMA-FF-Zert)

Mitte des Jahres haben sich die BHE-Qualitätsmanagement-GmbH, die VdS Schadenverhütung GmbH, die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) und die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes in der Arbeitsgemeinschaft EMA-Fachfirmen-Zertifizierung (ARGE EMA-FF-Zert) zusammengeschlossen, um einheitliche Prüf- und Zertifizierungsbedingungen für Fachfirmen im Bereich Installation und Wartung von Einbruch- und Überfallmeldeanlagen (EMA/ÜMA) gemäß der Norm DIN VDE V 0827-41 zu schaffen. Ziel ist, eine zentrale Datenbank unter polizeilicher Führung aufzubauen, in der über eine einfache Umkreissuche nach entsprechenden Fachbetrieben gesucht werden kann. Auf Basis der Zertifizierung ist sichergestellt, dass es sich um einen professionellen Fachbetrieb handelt. Hierzu wurde unter Federführung des fachlich zuständigen Hessischen Landeskriminalamts der „Bundeseinheitliche Pflichtenkatalog für Fachbetriebe von Überfall- und Einbruchmeldeanlagen“ aktualisiert und von der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) beschlossen. Der Pflichtenkatalog gibt die fachlichen Anforderungen vor, die ein Fachbetrieb erfüllen muss, um von der Polizei empfohlen zu werden.

In der bundesweiten Fachbetriebssuche für Überfall- und Einbruchmeldeanlagen (www.k-einbruch.de/fachbetriebssuche) sind neben den bereits von den zuständigen Polizeibehörden der Länder aufgenommenen Unternehmen auch BHE-zertifizierte Fachbetriebe EMA und VdS-erkannte Errichter gelistet.



Die Kampagne K-EINBRUCH sensibilisiert die Bevölkerung dafür, in geprüfte, zertifizierte Sicherheitstechnik zu investieren.

RELIGIÖS MOTIVIERTE PROVOKATIONEN IN DER SCHULE

HANDLUNGSSICHERHEIT FÜR LEHRERINNEN UND LEHRER

Globale Krisen führen häufig zu Unsicherheiten und Ohnmachtsgefühlen. In solchen Situationen können einfache Antworten, starre Weltbilder und klare Feindbilder für manche Menschen besonders attraktiv werden. Der Islamismus ist eine Ideologie, die solch ein vereinfachtes und rigides Weltbild vermittelt. Bei Fragen des Umgangs mit dieser Ideologie ist die Polizei für Schulen oft die erste Anlaufstelle. Zugleich führen auch religiös begründete Provokationen der Schülerschaft immer wieder zu Unsicherheiten beim Lehrpersonal: Wann hole ich die Polizei? Wann besteht sogar die Pflicht, die Polizei zu informieren?

Zielgruppen

- › Lehrkräfte an Schulen
- › Polizeibeamtinnen- und beamtete in der Prävention



↗ Für eine gute Zusammenarbeit von Polizei und Schule ist es wichtig, dass Lehrerinnen und Lehrer wissen, wann die Polizei einzuschalten ist.

Aber auch: Was muss ich in der Zusammenarbeit zwischen Schule und Polizei im konkreten Fall beachten? Wie und auf welcher rechtlichen Grundlage können Präventionsbeschäftigte handeln – auch im Unterschied zum Klassenlehrer oder zur Schulpsychologin? Hier kommt es nicht selten zu Konflikten, die den unterschiedlichen professionellen Rollen und rechtlichen Rahmenbedingungen geschuldet sind.

Hinzu kommen lokale Auswirkungen von globalen Krisen und Konflikten, ein wachsender Einfluss der sozialen Medien und eine damit verbundene Polarisierung, aber auch Veränderungen innerhalb der islamistischen Szenen selbst. Hier spielen verstärkt auch ideologische Feindbilder eine Rolle, die von islamistischen Akteuren über die Polizei und den „unislamischen Staat“ geschürt werden, ebenso wie reale oder vermeintliche Erfahrungen von Diskriminierungen, die gerade junge Menschen mit Migrationsbiografien sammeln können.

Vor diesem Hintergrund erarbeitet die Polizeiliche Kriminalprävention derzeit gemeinsam mit dem Verein ufuq.de eine Arbeitshilfe für Polizei- und Lehrkräfte, die Lehrpersonal eine Orientierung bei diesen Fragen geben soll.

Ziele

- › Handlungssicherheit im Umgang mit religiös begründeten Provokationen der Schülerschaft
- › Sensibilisierung für unterschiedliche Rollen der Beteiligten: Was ist Aufgabe der Schule, was ist Aufgabe der Polizei?
- › Rechtliche Grundlagen der Beteiligten, z. B.: Wann muss ich die Polizei rufen?
- › Vermittlung von konkreten Ansätzen und Methoden, die ein abgestimmtes Handeln der beteiligten Akteure erleichtern

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ IN DER PRÄVENTION

ARBEITSGRUPPE ERARBEITET MODULARES STUFENKONZEPT

Künstliche Intelligenz (KI) spielt in allen gesellschaftlichen Bereichen eine immer bedeutendere Rolle – so auch in der Polizeiarbeit und speziell in der Arbeit der Polizeilichen Kriminalprävention. Um den damit einhergehenden Möglichkeiten gerecht zu werden, haben die Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) und die Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention (PL PK) die KPK-Arbeitsgruppe „Künstliche Intelligenz in der Prävention“ (KPK-AG KI) ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe ist es, ein modulares Stufenkonzept zu entwickeln, das KI als Unterstützung für die Arbeit in der Kriminalprävention einsetzt.

Ein wichtiger Meilenstein wird der erste Workshop der AG KI im zweiten Quartal 2026 sein, den die Polizeiliche Kriminalprävention in Kooperation mit dem KI-Campus der Polizei Baden-Württemberg durchführen wird. Dort sollen gemeinsam konkrete Anwendungsfelder und Rahmenbedingungen für den künftigen effizienten Einsatz von KI erarbeitet werden. KI soll dabei unter anderem der Entlastung der Mitarbeitenden von Routineaufgaben dienen und die Qualität der Arbeitsergebnisse optimieren. Dabei sollen technische, fachliche, rechtliche und ethische Grundlagen gleichermaßen berücksichtigt werden.

*KI kann der Entlastung der Mitarbeitenden
von Routineaufgaben dienen und die
Entscheidungsqualität verbessern.* ➤

Neben der Frage, wie KI die internen Arbeitsprozesse verbessern kann, wird auch die Frage behandelt, inwiefern KI-Lösungen - wie zum Beispiel KI-gestützte Chatbots - genutzt werden können, um die Zielgruppen der Präventionsarbeit besser zu erreichen. Ein erster Sachstandbericht der AG KI wird zur 128. PL-PK-Sitzung Ende September 2026 in Wiesbaden erfolgen.

In einem weiteren Schritt – voraussichtlich ab 2027 – wird sich die AG KI auch mit dem Thema „KI als Tatmittel“ auseinandersetzen. Ziel wird es sein, zu analysieren, wie KI von Täterinnen und Tätern missbräuchlich genutzt werden kann und welche präventiven Maßnahmen hier notwendig sind – und somit eine Grundlage zu schaffen, um technologische Entwicklungen sowohl als Chance als auch als Herausforderung auf breiter Front wahrzunehmen.



IM FOKUS: STRAFTATEN ZUM NACHTEIL ÄLTERER MENSCHEN (SÄM)

Die Phänomene „Enkeltrick“, „Schockanrufe“ und „Falsche Amtsträger“ beschäftigen die Polizeien der Länder schon seit einigen Jahren und lassen kaum einen Rückgang erkennen bzw. leben durch immer andere Varianten wieder auf. Ziel der Kriminellen sind überwiegend ältere Menschen, die um ihre Ersparnisse gebracht werden sollen. Hochspezialisierte Tätergruppen entwickeln daher Modi Operandi, die genau auf die

Opferdisposition der älteren Generation zugeschnitten sind und deren Gutgläubigkeit oder Angst ausnutzen. Die Fallzahlen zeigen einen Aufwärtstrend mit immer höheren Schadenssummen. Das Thema „Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SÄM)“ wurde daher als Schwerpunktthema für das Jahr 2025 festgelegt und die KPK-Projektgruppe „SäM“ eingerichtet.

Ziele

- › Minimierung des Risikos einer Opferwerdung von Personen höheren Alters durch umfassende Aufklärung auch im nahen persönlichen Umfeld
- › umfangreiche Sensibilisierung für alle Delikte zum Nachteil von älteren Menschen, insbesondere jedoch für die vielfältigen Betrugsdelikte, um sicherheitsbewusstes Verhalten zu fördern
- › langfristige Stärkung des Sicherheitsgefühls älterer Menschen, aber auch der gesamten Bevölkerung

Zielgruppen

- › ältere Menschen
- › soziales/familiäres Umfeld Betroffener
- › Gesamtgesellschaft/Bevölkerung allgemein
- › Polizeibeschäftigte, Institutionen und Organisationen im Handlungsfeld



Nahezu zeitgleich hat das Gremium der Kommission Organisierte Kriminalität (KOK) die Einrichtung des bundesweiten KOK-Projekts „CESA“ (Callcenterbetrug, Einzeltrick und Schockanrufe) unter Leitung des Landeskriminalamts Baden-Württemberg beschlossen, um dieser Form des Betrugs wirksam begegnen zu können. Von Vorteil war dabei die frühe und enge Kooperation mit der Bund-Länder-Projektgruppe „SÄM“. Die neu entwickelten Präventionsmaterialien konnten so direkt vom Programm Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) übernommen und über dessen etablierte Kommunikationskanäle verbreitet werden. Im Rahmen des Projekts wurden verschiedene Präventionsmaterialien entwickelt, die auf breiter Ebene zur Aufklärung und Prävention beitragen sollen:

- › Plakate und Postkarten können in öffentlichen Einrichtungen, Bankfilialen, Apotheken oder anderen geeigneten Orten platziert werden.
- › Social-Media-Pakete unterstützen die gezielte Ansprache über soziale Netzwerke und ermöglichen eine breite Streuung der Präventionsbotschaften.
- › Informationsblätter für Multiplikatoren richten sich an Institutionen wie Banken, Taxiunternehmen und andere Stellen, die regelmäßig mit älteren Menschen in Kontakt stehen.
- › Ein weiterer wichtiger Bestandteil ist die elektronische Lernanwendung (eLa) für Bankmitarbeitende. Diese Schulungsmaßnahme zeigt den typischen Ablauf sowie Varianten des Telefonbetrugs auf und vermittelt den Mitarbeitenden wertvolle Handlungsmöglichkeiten, um potenzielle Opfer zu erkennen und frühzeitig zu schützen.

HOCHSPEZIALISIERTE TÄTERGRUPPEN

ENTWICKELN MODI OPERANDI,

DIE GENAU AUF DIE OPFERDISPOSITION

DER ÄLTEREN GENERATION ZUGESCHNITTEN SIND

Alle Medien sind gebündelt unter **www.polizei-beratung.de/schockanrufe** abrufbar oder können über das ProPK-Medienportal (**<https://polizei-beratung.extrapol.de/medienportal>**) bestellt werden.

Die Projektgruppe „SäM“ hat außerdem die beiden ProPK-Broschüren „Im Alter sicher leben“ (neuer Titel: „Im Alltag sicher leben“) und „Gut beraten im hohen Alter“ aktualisiert und ergänzt. Darüber hinaus plant die Projektgruppe die Umsetzung folgender Maßnahmen, die sukzessive im Jahr 2026 umgesetzt werden sollen:

- › Entwicklung weiterer kommunikativer Maßnahmen (z. B. Bildmaterial, Informationstexte, Fülleranzeigen für die Presse etc.)
- › Erarbeitung von Internetinhalten für Seniorinnen und Senioren

◀ Plakate wie dieses weisen seit Herbst 2025 auf das Thema Schockanrufe hin.

POLIZEILICHER OPFERSCHUTZ:

INFORMATIONEN FÜR BETROFFENE WERDEN ÜBERARBEITET

Die Polizei leistet einen zeitgemäßen und professionell ausgerichteten Opferschutz; dabei ist sie bestrebt, die erlittenen Schäden für Betroffene von Straftaten so gering wie möglich zu halten und ihnen bei der Wahrnehmung ihrer rechtlichen Ansprüche im Ermittlungsverfahren Unterstützung zu bieten. Auf diese Weise wird das Vertrauen in die Institution Polizei gestärkt, was wiederum positive Auswirkungen auf die Bereitschaft in der Gesellschaft hat, Straftaten anzuzeigen und auszusagen.

Auf der KPK-Arbeitstagung „Polizeilicher Opferschutz“ 2024 wurde festgestellt, dass die Inhalte der Internetseiten der Polizeilichen Kriminalprävention im Bereich Opferschutz und Opferhilfe sowie die dazugehörigen Opferschutz-Handzettel nicht mehr vollständig den aktuellen gesetzlichen Vorgaben, insbesondere Änderungen im sozialen Entschädigungsrecht und den Entwicklungen im digitalen Zeitalter, entsprechen. Die Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) hat daher die Projektgruppe „Polizeilicher Opferschutz“ beauftragt, alle Inhalte der Internetseiten der Polizeilichen Kriminalprävention im Themenfeld Opferschutz und Opferhilfe zu überprüfen und zu aktualisieren.

Zielgruppen

- › Opfer und Geschädigte von Straftaten sowie deren Angehörige
- › interessierte Personen und Kooperationspartnerinnen und -partner
- › Gesamtgesellschaft/Bevölkerung allgemein
- › Polizeibeschäftigte aus nahezu allen Aufgabebereichen, die Kontakt zu Opfern haben

DIE POLIZEI LEISTET

EINEN ZEITGEMÄSSEN UND

PROFESSIONELL AUSGERICHTETEN

OPFERSCHUTZ

Diese Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, die Informationen für Betroffene zu optimieren und sicherzustellen, dass sie über ihre Rechte und Unterstützungsmöglichkeiten umfassend informiert sind.

Geplante Maßnahmen

- › Überarbeitung der opferschutz-
bezogenen Inhalte auf der
Internetseite **www.polizei-
beratung.de** und der zugehöri-
gen Extrapolseite, insbesondere
des Bereichs „Informationen für
Betroffene“
- › Erstellung von Medien zur Bewer-
bung der Internetseite – Plakat
und ein Medium im Handout-
Format (z. B. Flyer, Visitenkarten-
format)
- › Bekanntmachung der neuen
Medien und Inhalte im Rahmen der
Öffentlichkeitsarbeit

Die von der Projektgruppe geplanten
Maßnahmen werden sukzessive im
Jahr 2026 umgesetzt.



Bei der Wahrnehmung ihrer rechtlichen Ansprüche im Ermittlungs-
verfahren bietet die Polizei Opfern Unterstützung an.

Ziele

Opfer und Geschädigte sowie Angehörige

- › können sich frühzeitig über
konkrete Fragen des Opfer-
schutzes, der Opferrechte, der
Opferentschädigung sowie den
Ablauf des Ermittlungs- und
Strafverfahrens informieren,
- › können auf Informationen zu
weiterführenden Angeboten der
Opferhilfe und zu polizeilichen
Maßnahmen des Opferschutzes
zugreifen.

Interessierte Personen sowie Kooperationspartner

- › können sich über die Grundla-
gen des Opferschutzes im Er-
mittlungs- und Strafverfahren,
Opferrechte und den Ablauf des
Verfahrens informieren.

Polizeibeschäftigte werden in die Lage versetzt,

- › Opfersituationen zu erfassen,
- › Opferbedürfnisse nach Schutz
und Hilfe zu erkennen und zu
berücksichtigen,

- › sich über die Grundlagen des
Opferschutzes, über Opferrech-
te, Angebote weiterführender
Hilfe und über den Ablauf eines
Verfahrens zu informieren sowie
- › die vorgenannten Informationen
unter Vermeidung von „Vermitt-
lungsketten“ an die Opfer zu
vermitteln.

MEHR SICHERHEIT FÜR FRAUEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM UND IM ÖPV

Öffentliche Plätze, Straßen, Parks sowie der öffentliche Personenverkehr sind Orte, an denen sich Menschen täglich zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten begegnen. Insbesondere mit Eintritt der Dunkelheit nimmt jedoch das Sicherheitsgefühl vieler Menschen ab – auch an (objektiv) sicheren Orten. Insbesondere Frauen fühlen sich laut der im November 2022 vorgestellten Dunkelfeldstudie „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland“ (SKiD) nachts in der Öffentlichkeit deutlich unsicherer als Männer. So meiden über 50 Prozent der Frauen nachts öffentliche Orte bzw. den öffentlichen Personennahverkehr.

Die Projektgruppe „Städtebau und Einbruchschutz“ hat daher gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV) und der Deutschen Bahn AG verschiedene Maßnahmen entwickelt, um das Sicherheitsgefühl von Frauen zu steigern: Anfang Oktober 2025 ging die Öffentlichkeitskampagne „Ansichts-Sache“ an den Start, die zu mehr Rücksichtnahme im öffentlichen Raum aufruft. Darüber hinaus stehen für Städte, Kommunen und Verkehrsbetriebe ein Online-Tool mit erprobten Maßnahmen für mehr Sicherheit sowie ein Leitfaden für die kooperative Sicherheitsarbeit vor Ort zur Verfügung.



^ Eines der Plakatmotive der Kampagne „AnsichtsSache“.

Ziele

- › Standardisierung und Harmonisierung der kooperativen Sicherheitsarbeit in Kommunen
- › interdisziplinäre und organisationsübergreifende Zusammenarbeit von Kommunalverantwortlichen, Verkehrsbetrieben, Polizeien sowie sonstigen Institutionen und Einrichtungen
- › Fähigkeit zur Situationsanalyse, zur Situationsinterpretation und zur Ableitung geeigneter Maßnahmen
- › Steigerung des Sicherheitsgefühls, insbesondere von Frauen, auf dem Weg von und zu Haltestellen und innerhalb des ÖPV
- › Sensibilität der Bevölkerung für Faktoren, die das Sicherheitsgefühl beeinflussen können
- › Handlungsfähigkeit im Umgang mit angstaussendenden Situationen

Zielgruppen

- › potenzielle Akteure der lokalen/regionalen kooperativen Sicherheitsarbeit, wie zum Beispiel Kommunalverantwortliche, Verkehrsbetriebe, Polizeien sowie sonstige thematisch tangierte Institutionen und Einrichtungen
- › Bevölkerung allgemein

Kampagne „AnsichtsSache“ macht aufmerksam und sensibilisiert

Die Kampagne „AnsichtsSache“ wendet sich sowohl an die breite Bevölkerung als auch an konkrete einzelne Zielgruppen und vermittelt, welche unsicherheitsauslösenden Faktoren und Verhaltensweisen es gibt und wie diese vermieden werden können. Dazu werden am Beispiel verschiedener Alltagssituationen je zwei Perspektiven aufgegriffen: Einerseits von Personen mit unbedachtem Verhalten und andererseits von Personen, die sich dadurch unsicher fühlen („Ansichtssache“). Ziel ist, zur Reflexion anzuregen und bei der Bevölkerung ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass das eigene Verhalten andere Menschen beeinflussen kann. Dieser Sensibilisierungsprozess soll dazu beitragen, den öffentlichen Raum sicherer und angenehmer für alle zu machen.

[ANSICHTS SACHE]

 Kampagnenlogo

Sieben Plakatmotive waren im Oktober und November 2025 im öffentlichen Raum sowie an Haltestellen und Bahnhöfen zu sehen und haben auf das Thema aufmerksam gemacht. Sie enthalten jeweils QR-Codes mit weiterführenden Informationen für diejenigen, die sich unbedacht verhalten (www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/sicher-fuehlen-im-oeffentlichen-raum/ruecksichtsvoll-unterwegs) und diejenigen, die sich dadurch möglicherweise unsicher fühlen (www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/sicher-fuehlen-im-oeffentlichen-raum/stark-unterwegs). Die sieben Motive wurden außerdem als Plakatsätze insbesondere an Städte, Kommunen und Verkehrsbetriebe zum Aushang in Rathäusern, Bürgerämtern oder anderen öffentlichen Gebäuden sowie im ÖPV-Umfeld verteilt.

Zusätzlich wurde die Kampagne im Oktober und November 2025 bei Instagram und Facebook sowie über Google (Search, Display, Demand Gen) und Spotify gespielt und über die Social Media-Kanäle der Polizeilichen Kriminalprävention „Zivile Helden“ bei Instagram, Facebook, X und YouTube veröffentlicht.

**ZIEL IST BEI DER BEVÖLKERUNG EIN
BEWUSSTSEIN DAFÜR ZU SCHAFFEN,
DASS DAS EIGENE VERHALTEN ANDERE
MENSCHEN BEEINFLUSSEN KANN.**

Werkzeugkasten und Leitfaden für Städte, Kommunen und Verkehrsbetriebe

Für Städte, Kommunen und Verkehrsbetriebe wurde ein Onlinetool, der sogenannte Werkzeugkasten, entwickelt. Das Tool basiert auf dem SiBa-Werkzeugkasten, einer Maßnahmensammlung, die im Rahmen des Forschungsprojektes „Sicherheit im Bahnhofsviertel“ entstanden ist. Der Werkzeugkasten bietet eine Sammlung erprobter Maßnahmen, die das Sicherheitsgefühl stärken können – sei es durch baulich-räumliche Veränderungen, soziale Interventionen oder kommunikative Ansätze. Sie sollen Städten, Kommunen und Verkehrsbetrieben als Anregung dienen, passende und wirksame Antworten auf konkrete Herausforderungen vor Ort zu finden und umzusetzen (www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/sicher-fuehlen-im-oeffentlichen-raum/werkzeugkasten-fuer-kommunen).

Als Ergänzung zum Werkzeugkasten wurde der „Leitfaden für die kooperative Sicherheitsarbeit zum und im ÖPV“ mit zentralen Empfehlungen für die organisatorische und inhaltliche Ausgestaltung kooperativer Präventionsarbeit an Bahnhöfen, Haltestellen und in deren Umfeld erarbeitet. Der Leitfaden orientiert sich an den zentralen Prozessschritten des Programms MIKUS („Mikrosegmentanalysen als Impuls für urbane Sicherheit“), welches vom Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen entwickelt und prozessevaluiert wurde. Er ist online verfügbar und kann kostenlos unter www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/sicher-fuehlen-im-oeffentlichen-raum/werkzeugkasten-fuer-kommunen heruntergeladen werden.



➤ Broschüre und Leitfaden unterstützen bei einer standardisierten, professionellen polizeilichen Beratung für Amts- und Mandatsträger.

SCHUTZ VON AMTS- UND MANDATSTRÄGERINNEN UND -TRÄGERN

Aufgrund ihrer Stellung sind Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger sowie Personen des öffentlichen Lebens eher gefährdet als andere Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere Menschen, die sich politisch engagieren, können durch Anfeindungen auch im privaten Bereich betroffen sein. Spätestens wenn die Familie mit in den Fokus gerät, fühlen sich auch ansonsten resiliente Personen in ihrer Sicherheit erheblich beeinträchtigt. Daher ist es wichtig, dass sie ihr Verhalten im Alltag reflektieren, mögliche Tatgelegenheiten identifizieren und wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen, auch wenn ein Großteil dieser Personen nicht als gefährdet eingestuft ist.

Ziel ist es, Sicherheitslücken im beruflichen und privaten Umfeld für gezielte Angriffe, Drohungen und Gewalttaten zu detektieren und wirksam zu schließen. Dagegen helfen zum einen baulich-technische Vorkehrungen in den eigenen vier Wänden sowie in dienstlichen Räumlichkeiten, und zum anderen organisatorische sowie verhaltensorientierte Maßnahmen.

Die Projektgruppe „Eigentum“ hat sich mit dem Thema befasst und einen Beratungsleitfaden, der eine bundesweit einheitliche polizeiliche Empfehlungspraxis beschreibt, sowie eine Broschüre mit Sicherheitsempfehlungen für Amts- und Mandatsträger erarbeitet.

Der „Leitfaden für polizeiliche Beratungen“ kann für Sicherheitsgespräche mit Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern herangezogen werden und dient beispielsweise dem Staats-, Personen- und Objektschutz sowie den Mitarbeitenden in den (Kriminal-)Polizeilichen Beratungsstellen als Orientierungshilfe für eine standardisierte, professionelle polizeiliche Beratung. Er darf nur polizeiintern genutzt und nur auszugsweise an Dritte herausgegeben werden.

Ziele

- › Erreichen einer bundesweit einheitlichen allgemeingültigen polizeilichen Beratung für Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger sowie Personen des öffentlichen Lebens
- › Sensibilisierung von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern sowie Personen des öffentlichen Lebens für mögliche Tatgelegenheiten; Aufzeigen wirksamer Gegenmaßnahmen
- › Reduzierung von gezielten Angriffen, Drohungen und Gewalttaten im beruflichen und privaten Umfeld von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern sowie Personen des öffentlichen Lebens

Zielgruppen

- › Polizeiliche Fachberaterinnen und -berater
- › Mitarbeitende des Staats-, Personen- und Objektschutzes
- › Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger
- › Personen des öffentlichen Lebens

Die Broschüre „Sicherheit für Amts- und Mandatsträger und Personen des öffentlichen Lebens“ soll Handlungssicherheit in schwierigen Situationen bieten. Die Empfehlungen der Polizeilichen Kriminalprävention helfen dabei, ein sicherheitsbewusstes Verhalten zu entwickeln, Risiken zu minimieren und den Alltag so sicher wie möglich zu gestalten.

Der Ratgeber ersetzt keine individuelle Beratung, sondern ist eine Ergänzung zum Beratungsgespräch und sollte im Anschluss an ein Gespräch herausgegeben werden.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

02

DPT 2025: Die Mitglieder der
AG Kripo und des UA FEK am Stand
der Polizeilichen Kriminalprävention.

FACHM

PRÄSENTATION KRIMINALPRÄVENTIVER BOTSCHAFTEN AUF FACHMESSEN

Viele Medien und Kampagnen der Polizeilichen Kriminalprävention richten sich an Fachkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit bestimmte Zielgruppen meist besser erreichen können als die Polizei. Um die Produkte bei diesen Akteuren bekannt zu machen, präsentiert sich die Polizeiliche Kriminalprävention regelmäßig auf Fachmessen. Wichtig ist dabei nicht nur der fachliche Austausch mit Expertinnen und Experten aus anderen Bereichen, sondern auch die Möglichkeit, konkrete Rückmeldungen zu polizeilichen Medien und Konzepten zu erhalten.

Bildungsmesse didacta

Vom 11. bis 15. Februar 2025 war die Polizeiliche Kriminalprävention mit ihrem neu konzipierten Messestand auf der **Bildungsmesse didacta** in Stuttgart vertreten. Das umfangreiche Präventionsangebot für den schulischen Bereich stieß bei Pädagoginnen und Pädagogen, Schülerinnen und Schülern, Eltern und Fachbesuchern auf reges Interesse. Stark nachgefragt wurden die Handreichung „Schule fragt. Polizei antwortet.“ zur Nutzung von Smartphone und Co. im schulischen Kontext sowie die Informationsmaterialien zur überarbeiteten „Sounds Wrong“-Kampagne gegen die Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen.

Auch das Wimmelbild der Polizeilichen Kriminalprävention mit über 60 dargestellten Verschwörungsmychen und Anspielungen auf Antisemitismus regte zu Fragen und Diskussionen an und bot die Gelegenheit, mit dem Publikum am Stand ins Gespräch zu kommen.

Zu den Messehighlights zählte unter anderem der erste gemeinsame öffentliche Auftritt des nationalen Bündnisses mit dem Kinderschutzbund und dem Internet-ABC.



30. Deutscher Präventionstag

Am 23. und 24. Juni 2025 fand in Augsburg der **30. Deutsche Präventionstag** statt. Unter dem Motto „Prävention und gesellschaftlicher Frieden“ trafen sich Akteurinnen und Akteure aus der Prävention sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu einem fachlichen Austausch über die aktuellen Themen der Prävention in Deutschland und Europa. Auch die Polizeiliche Kriminalprävention zeigte an ihrem Messestand und in Vorträgen das Spektrum ihrer Arbeit.

Neben kompetenten Gesprächspartnern zum Thema Prävention gab es am Stand auch Informationen zu neuen Produkten. In einem Speedvortrag wurde der neue Präventionsbereich in der Warn-App NINA vorgestellt, darüber hinaus präsentierte die Polizeiliche Kriminalprävention gemeinsam mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die Ergebnisse der Umfrage des Cybersicherheitsmonitors 2025 (CyMon25).

Bei dem zur Tradition gewordenen Treffen der Mitglieder von AG Kripo und des Unterausschusses Führung, Einsatz, Kriminalitätsbekämpfung (UA FEK) auf dem DPT hielt Prof. Dr. Tim Stuchtey, Experte für sicherheits- und wirtschaftspolitische Themen und geschäftsführender Direktor des Brandenburgischen Instituts für Gesellschaft und Sicherheit gGmbH (BIGS) einen Vortrag über „Renaissance von Spionage und Desinformation“.

WICHTIG IST NICHT NUR DER FACHLICHE AUSTAUSCH

MIT EXPERTINNEN UND EXPERTEN AUS ANDEREN BEREICHEN,

SONDERN AUCH DIE MÖGLICHKEIT, KONKRETE RÜCKMELDUNGEN

ZU POLIZEILICHEN MEDIEN UND KONZEPTEN ZU ERHALTEN.

ANGEBOTE FÜR JOURNALISTINNEN UND JOURNALISTEN, BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Die Polizeiliche Kriminalprävention bietet **Journalistinnen und Journalisten** ein umfangreiches Informations- und Serviceangebot: Wer das kostenlose Journalisten-Abo unter www.polizei-beratung.de/presse/journalisten-abo bestellt, erhält regelmäßig Pressemitteilungen sowie den alle zwei Monate erscheinenden „Journalisten-Newsletter“.

2025 wurden 13 Pressemitteilungen versandt zu Themen wie Cybergrooming, Schutz vor Betrug beim Autokauf, Gewalt in der Partnerschaft, dem Tag des Einbruchschutzes oder Sextortion.

Zudem sind insgesamt fünf Ausgaben des „Journalisten-Newsletters“ erschienen. Themen waren unter anderem: Umgang mit Online-Challenges, Phänomen „Taschengeldtreffen“, Gewalt in Online-Communities, Cybersicherheitsmonitor 2025 und die Polizeiliche Kriminalstatistik 2024.

Im Pressebereich auf www.polizei-beratung.de finden Medienvertreterinnen und -vertreter außerdem Hintergrundinformationen zu aktuellen Themen und Entwicklungen in einzelnen Deliktsbereichen, kostenloses Bildmaterial sowie Anzeigenvorlagen. Darüber hinaus sind die aktuellen Zahlen der bundesweiten Polizeilichen Kriminalstatistik zu Präventionsthemen in Infotexten aufbereitet.

Bürgerinnen und Bürger erhalten mit dem „Bürger-Newsletter“ Informationen über aktuelle Erscheinungsformen von Kriminalität und wie sie sich davor schützen können. Außerdem lernen sie das vielfältige Angebot an Präventionsmedien der Polizeilichen Kriminalprävention kennen, zu dem Broschüren, Faltblätter, Filme sowie mehrere Internetportale gehören.

Interessierte können den Newsletter kostenlos unter www.polizei-beratung.de/newsletter abonnieren und erhalten diesen regelmäßig per Mail zugesandt.

Im Jahr 2025 erschienen vier Ausgaben des „Bürger-Newsletters“, die unter anderem über Themen wie Taschendiebstahl, sicheres Reisen, Betrugsmaschen im Online-Autohandel oder Schockanrufe informierten.

Mit der **Warn-App NINA** erhalten Bürgerinnen und Bürger nicht nur wichtige Warnmeldungen des Bevölkerungsschutzes, sondern in der **neuen Rubrik „Polizeitipps“** auch einfach umsetzbare Verhaltensempfehlungen der Polizei zum Schutz vor Kriminalität im Alltag. Zudem gibt es Informationen über Kriminalitätsphänomene, Hinweise für Opfer von Straftaten und Tipps für mehr Zivilcourage.

Der Journalisten-Newsletter informiert
regelmäßig über aktuelle Themen der
Polizeilichen Kriminalprävention. ➤



INTERNE NEWSLETTER: INFORMATIONEN FÜR POLIZEIBESCHÄFTIGTE

Der interne Newsletter „**PRÄVENTION aktuell**“ informiert Polizeibeschäftigte in Bund und Ländern vierteljährlich über neue Medien, Internetinhalte oder aktuelle Kampagnen der Polizeilichen Kriminalprävention. Darüber hinaus erhalten die Leserinnen und Leser Informationen und Tipps, wie sie die Medien bei ihrer täglichen Arbeit einsetzen oder Kampagnen in ihren Bereichen umsetzen können.

Themen der vier Ausgaben im Jahr 2025 waren neben der Information über Neuerscheinungen und aktualisierte Medien unter anderem die neue ProPK-Geschäftsführung, der 30. Deutsche Präventionstag, der Safer Internet Day 2025, die Bildungsmesse didacta sowie die Fachtagung Gewalt und Vertrauen des Kooperationsnetzwerks – sicher Zusammenleben (KoSiZu).

Der Newsletter „**PRÄVENTION spezial**“ informiert ausführlich jeweils nur zu einem Thema und wird anlassbezogen verschickt, beispielsweise beim Erscheinen neuer Medien zu einem Schwerpunktthema. Im Oktober 2025 erschien eine Ausgabe zum Start der Kampagne „AnsichtsSache“ zum Thema „Mehr Sicherheit für Frauen im öffentlichen Raum und ÖPV“.

„**PRÄVENTION AKTUELL**“ INFORMIERT

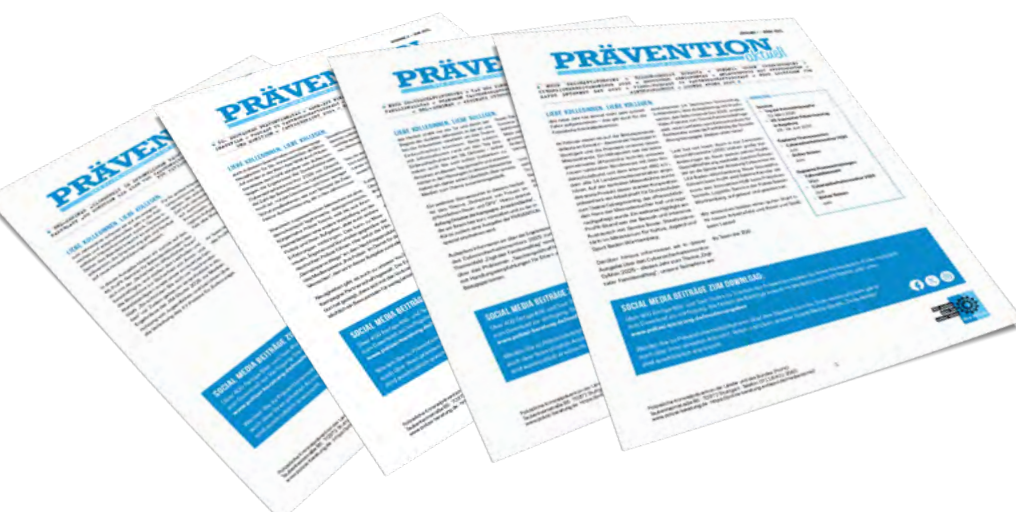
POLIZEIBESCHÄFTIGTE IN BUND UND LÄNDERN

VIERTELJÄHRLICH ÜBER NEUE MEDIEN, INTERNETINHALTE

ODER AKTUELLE KAMPAGNEN.

„**PRÄVENTION SPEZIAL**“ INFORMIERT AUSFÜHRLICH

JEWELS NUR ZU EINEM THEMA.



^ Spezielle Informationen zur Kampagne „AnsichtsSache“.

◀ Die internen Newsletter informieren Präventionsbeschäftigte verlässlich über neue Produkte und Projekte.

ANGEBOTE FÜR FÜHRUNGSKRÄFTE DER POLIZEI

Seminar für Leiterinnen und Leiter von Polizeibehörden zum Thema „Sicherheit im öffentlichen Raum“

Einmal jährlich veranstaltet die Polizeiliche Kriminalprävention ein Seminar für Leiterinnen und Leiter von Polizeibehörden, um sie über aktuelle Präventionsthemen und Projekte sowie das unterstützende Medienangebot zu informieren. Das 46. Seminar fand diesmal in Frankfurt/Main statt und thematisierte die Sicherheit im öffentlichen Raum. Unter der Leitung von **Friedo de Vries**, Polizeipräsident der Polizeidirektion Osnabrück, wurde das komplexe Thema aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet.

Fachleute aus unterschiedlichen Bereichen präsentierten ihre Ansätze zur Stärkung der subjektiven Sicherheit der Bevölkerung sowie zur Prävention von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten. **Prof. Dr.-Ing. Jörg Noennig** von der HafenCity Universität Hamburg stellte Methoden und Werkzeuge der Digital City Science vor, die zur Schaffung resilienter und sicherer Smart Cities beitragen können.

Dr. André Berghegger, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, informierte über aktuelle Entwicklungen in der Sicherheit von Kommunen, insbesondere im Kontext von Veranstaltungen. **Torsten Malt** und **Stephan Schmidt** von der DB Sicherheit GmbH diskutierten die operative Sicherheitsorganisation der Deutschen Bahn unter dem Aspekt der zukunftssicheren Mobilität.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Sicherheit im Bahnhofsviertel, präsentiert vom Frankfurter Polizeipräsidenten **Stefan Müller** sowie dem Leitenden Polizeidirektor **Rocco Stein** und Polizeioberkommissar **Bednorz** von der Bundespolizei. Sie führten die Teilnehmenden durch den Hauptbahnhof Frankfurt am Main und das Bahnhofsviertel und thematisierten die besonderen Herausforderungen, die durch Drogenmilieu und Rotlichtviertel entstehen.



Die Teilnehmenden des 46. Behördenleiterseminars informierten sich zum Thema „Sicherheit im öffentlichen Raum“.

Dr. Tillmann Schulze vom Schweizer Beratungs- und Ingenieurunternehmen EBP Schweiz stellte die Luzerner Sicherheitsberichte vor, die seit 20 Jahren als praktisches Hilfsmittel zur Gestaltung von Sicherheit in urbanen Räumen dienen. **Roger Schroeder** und **Jos van der Stap** von der Nationalen Polizei der Niederlande stellten Best Practices zur Videoüberwachung, dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz und Präventionskonzepten im urbanen Raum vor.

Abgerundet wurde das Seminar durch Abteilungsleiterin **Katrin Schmitt** vom Hessischen Landeskriminalamt, die über Früherkennung und Bedrohungsmanagement referierte, sowie Polizeidirektorin **Sabrina Krenzler**, Geschäftsführerin der Polizeilichen Kriminalprävention, die die Kampagne „AnsichtsSache“ sowie einen Werkzeugkasten und Leitfaden für Städte, Kommunen und Verkehrsunternehmen für die kooperative Sicherheitsarbeit vor Ort vorstellte.

Das Seminar bot eine wertvolle Plattform für den Austausch von Ideen und Strategien zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum und unterstrich die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Behörden und Institutionen.

„Chefsache Prävention“ – der Newsletter für Führungskräfte der Polizei

Druckfrisch zum Behördenleiterseminar erschienen ist außerdem eine neue Ausgabe des Newsletters „Chefsache Prävention“. Er informiert einmal jährlich kompakt über neue Projekte und gibt Führungskräften der Polizei einen exklusiven Einblick in die geplanten Schwerpunktthemen der kommenden Jahre. Unter dem Motto „Prävention zur Chefsache machen“ wirbt er für das Nutzen und Umsetzen neuer Präventionskampagnen und -materialien der Polizeilichen Kriminalprävention. Die Führungskräfte erhalten den Newsletter automatisch per Post.

Themen der 19. Ausgabe der „Chefsache Prävention“

- › Kampagne „AnsichtsSache“
- › Imagefilm „Gemeinsame Wege: Die Polizei“
- › KOK-Projekt Cesa zum Telefonbetrug
- › Sicherheit für Amts- und Mandatsträger
- › Video-Podcasts zu Partnerschaftsgewalt
- › Cybersicherheitsmonitor

Alle Ausgaben der „Chefsache Prävention“ gibt es auch zum Nachlesen unter <https://polizei-beratung.extrapol.de/medienportal/detail/137-chefsache-praevention>.



◀ Prävention zur Chefsache machen: Der Newsletter informiert Führungskräfte der Polizei über neue Projekte und Kampagnen der Polizeilichen Kriminalprävention.

QUALITÄTSSICHERUNG

03

JÄHRLICHER PRÜFZYKLUS GEWÄHRLEISTET HOHEN STANDARD DER PROPK-PRODUKTE

Die Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) führt jährlich eine Prüfung ihres kompletten Produktportfolios durch, um dessen Qualität sowie die Aktualität der in den Medien enthaltenen Informationen zu gewährleisten.

Dabei werden sämtliche Medien des Programms Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) in einem standardisierten Verfahren nach festgelegten Kriterien geprüft. Neben der inhaltlichen Bewertung werden die Produkte auch hinsichtlich z.B. der Erfahrungen beim praktischen Einsatz der Produkte oder der Nachfrage von Seiten der Polizeidienststellen beurteilt.

Zum Stichtag 01.05.2025 umfasste das Gesamtportfolio 168 Produkte. Die Analyse zeigt, dass knapp ein Drittel (rund 35 Prozent) des geprüften Portfolios einen Überarbeitungsbedarf aufweist.

DER PRÜFZYKLUS 2025

ZEIGT EIN WEITGEHEND AKTUELLES

PROPK-PRODUKTPORTFOLIO.

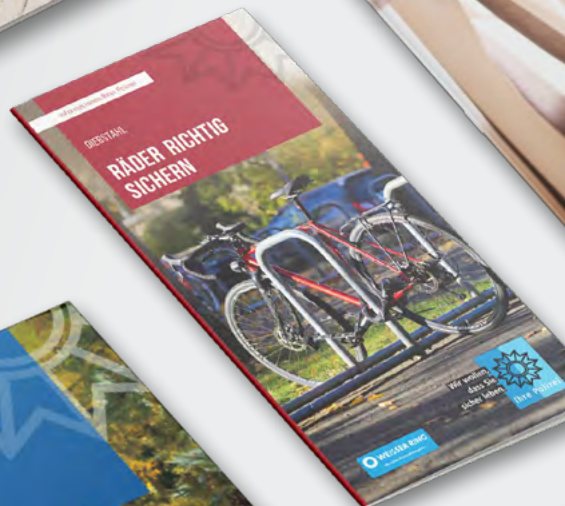
Dieser Bedarf ist jedoch differenziert zu betrachten: Bei rund einem Drittel der Produkte liegt dieser im Bereich redaktioneller oder begrenzter inhaltlicher Anpassungen – etwa weil sich Kontaktdaten oder Internetlinks geändert haben – und ist damit schnell umsetzbar.

Bei Printmedien werden Änderungen meist in der folgenden Auflage übernommen, im Falle von elektronischen Angeboten können Änderungen in der Regel zeitnah umgesetzt werden.

Der Prüfzyklus 2025 zeigt ein weitgehend aktuelles ProPK-Produktportfolio. Der Großteil der Präventionsmaterialien ist weiterhin einsetzbar, was die Qualität der vorhandenen Materialien unterstreicht



◀ Das Produktportfolio der Polizeilichen Kriminalprävention wird jährlich nach festgelegten Kriterien geprüft.



WIRKUNGSORIENTIERTE PRÄVENTIONSARBEIT: ETABLIERUNG NEUER STANDARDS

Mal nebenbei ein Präventionskonzept schreiben? Warum eigentlich, wenn man die Lösung vermeintlich bereits kennt? Und was war doch gleich das Problem zur Lösung?

Wirkungsorientierte Präventionsarbeit in der Polizeilichen Kriminalprävention bedeutet, Maßnahmen nicht einfach „auf Verdacht“, sondern ursachenorientiert und gezielt nach ihren tatsächlichen Ergebnissen auszurichten. Gute Prävention beginnt mit gutem Konzeptdenken.

Doch systematisch zu planen, messbare Ziele zu formulieren und Wirkungen zu prüfen – das braucht Struktur, das braucht wirkungsorientiertes Vorgehen: den Weg von der Idee zur nachhaltigen Wirkung nachvollziehbar und messbar machen. Mit passenden Tools und Hilfestellungen wird der Prozess leichter und effizienter. Genau hier leistet das Fachportal „support“ einen entscheidenden Beitrag. Es bringt Orientierung, Grundlagenwissen und Werkzeuge in den Alltag der

polizeilichen Präventionsarbeit zur Unterstützung der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, bietet aber auch Informationen für verantwortliche Führungskräfte sowie Begleitung der Aus- und Fortbildung. Das Fachportal „support“ steht allen Mitarbeitenden der Polizeien der Länder und des Bundes auf EXTRAPOL zur Verfügung, die sich in das Thema Wirkungsorientierung einarbeiten möchten (<https://support.polizei-beratung.extrapol.de>).



Das Fachportal „support“ unterstützt Präventionsfachleute dabei, wirkungsorientiert zu arbeiten.

Die von der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) eingerichtete Projektgruppe „Wirkungsorientierte Präventionsarbeit“ hat ihre Konzeptionsphase Ende 2024 mit der Finalisierung des Fachportals „support“ abgeschlossen. Zum Jahresbeginn 2025 ist sie in die Implementierungsphase ihres Vorhabens gestartet. Im Rahmen der KPK-Frühjahrstagung 2025 legte die Projektgruppe dazu umfangreiche Handlungsempfehlungen zur Beschlussfassung vor, welche aktuell bearbeitet werden.

DAS FACHPORTAL „SUPPORT“

BRINGT ORIENTIERUNG,

GRUNDLAGENWISSEN UND

WERKZEUGE IN DEN ALLTAG

DER POLIZEILICHEN

PRÄVENTIONSARBEIT.

Mit Expertinnen und Experten aus sechs Bundesländern, der Bundespolizei, der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) und dem Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) konzentriert sich die Projektgruppe nun auf die Begleitung und Implementierung von Standards zum wirkungsorientierten Arbeiten im polizeilichen Präventionsalltag.



support

Prävention wirksam machen.

Daneben stehen die interne Öffentlichkeitsarbeit, der Ausbau der Kooperation mit der Aus- und Fortbildung sowie der Verkehrsunfallprävention und die kontinuierliche technische und inhaltliche Weiterentwicklung des Praxiswerkzeugs auf der Agenda.

Übergeordnetes Ziel der Projektgruppe bleibt weiterhin das Schaffen von Voraussetzungen für wirkungsorientierte polizeiliche Präventionsarbeit. Warum ist es so wichtig, Konzepte in der Kriminalprävention durchdacht zu entwickeln? Weil damit der Erfolg nicht nur an Fleiß, sondern vor allem an wirksamen Veränderungen gemessen werden kann. Und wie geht das genau? Zuerst wird die aktuelle Situation mit Daten und Analysen genau untersucht, um relevante Probleme und Risikofaktoren zu identifizieren. Darauf basierend formuliert man klare, realistische und überprüfbare Ziele, die beschreiben, welche Veränderungen mit den Maßnahmen erreicht werden sollen. Anschließend wird ein strategisches Konzept entwickelt, das konkrete Maßnahmen und Aktivitäten definiert, um die Ziele zu erreichen.

Wichtig ist, die Zielgruppen und Rahmenbedingungen genau zu berücksichtigen und die Verantwortlichkeiten zu klären. Während und nach der Umsetzung werden Erfolge durch geeignete Indikatoren gemessen und dokumentiert, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu bewerten. Abschließend dienen die Ergebnisse als Grundlage, um das Konzept fortlaufend zu überprüfen, anzupassen und weiterzuentwickeln.

Wirkungsorientierung bedeutet letztlich auch, dass im Zuge der Konzeptionsentwicklung der bestmögliche und effiziente Einsatz von Ressourcen vorgesehen wird. Fehlinvestitionen in fachlich nicht tragfähige Ansätze, in wirkungslose oder sogar kontraproduktive Maßnahmen werden vermieden. Eine qualitativ hochwertige Konzeption ebnet also nicht nur den Weg zur Wirksamkeit, sondern auch zum effizienten und schonenden Umgang mit Ressourcen.

FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT 04

CYBERSICHERHEITS- MONITOR 2025

TROTZ HOHER BETROFFENHEIT SCHÜTZEN SICH MENSCHEN IMMER WENIGER VOR CYBERKRIMINALITÄT

LEGENDE

■	2025
■	2024
■	2023

Seit 2019 veröffentlichen die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) jährlich die Ergebnisse der bundesweit repräsentativen Bürgerbefragung zur Cybersicherheit.

Als Fortsetzung des Digitalbarometers erhebt der Cybersicherheitsmonitor (CyMon) in Form einer repräsentativen Online-Befragung Aussagen zum Informations- und Schutzverhalten der Bevölkerung zum Thema IT-Sicherheit und zu ihrer Betroffenheit von Cyberkriminalität. Neben Einstellungen, Erfahrungen und Kenntnissen der internetnutzenden Gesamtbevölkerung betrachtet die Erhebung auch unterschiedliche Altersgruppen genauer.

Der Cybersicherheitsmonitor gibt Einblicke in den digitalen Alltag der internetnutzenden Bevölkerung in Deutschland: Welche Straftaten erleiden Menschen im Internet? Und wie schützen sie ihre Geräte, Anwendungen und Daten vor Cyberkriminellen? Der CyMon 2025 rückt zudem das Thema „Digitaler Familienalltag“ in den Fokus.

Betroffenheit: Betrug häufigste Straftat im Internet

22 Prozent der Befragten waren schon einmal von Cyberkriminalität betroffen. Das Bedrohungsniveau bleibt damit ähnlich hoch wie im Vorjahr (24 %). Allein in den vergangenen zwölf Monaten erlitten sieben Prozent der Befragten (2024: 10 %) eine Straftat im Internet.

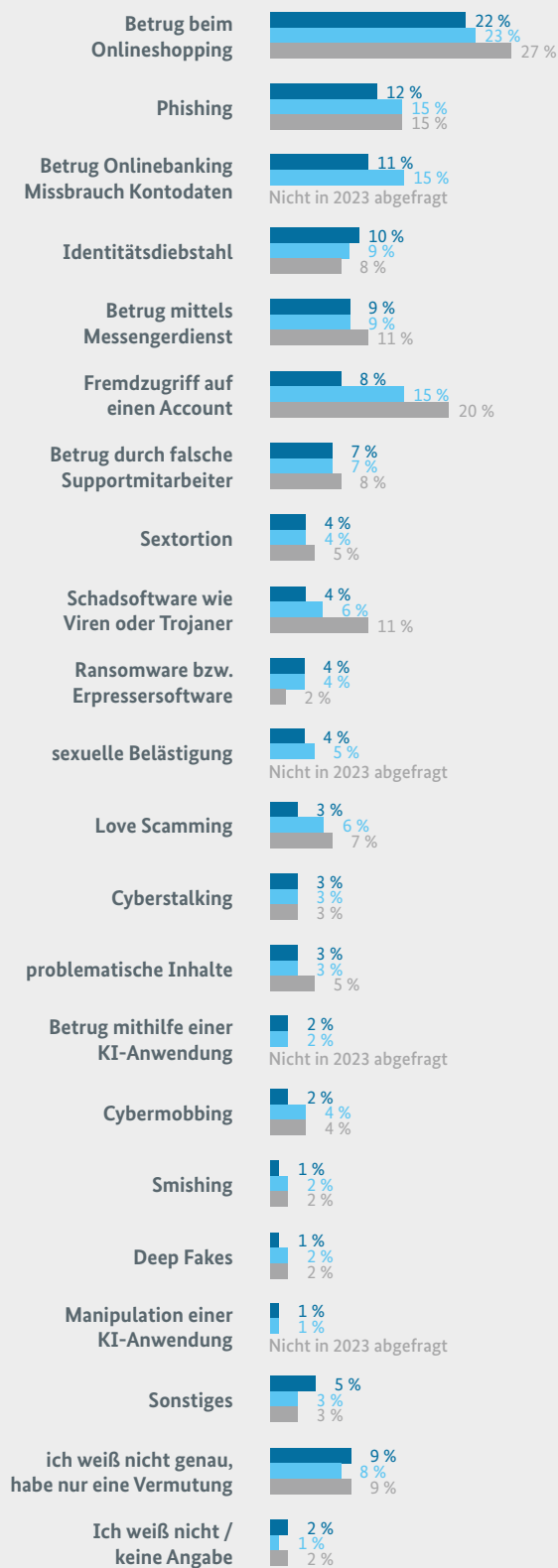
Am häufigsten berichten die im Vorjahr von Cyberkriminalität Betroffenen von Betrug beim Onlineshopping (22 %). Darauf folgen Phishing (12 %), Betrug beim Onlinebanking bzw. Missbrauch von Kontodaten (11 %) und Identitätsdiebstahl (10 %).

Schutzverhalten bleibt stabil

Die Befragten setzen auf im Schnitt rund vier Schutzmaßnahmen – am häufigsten auf Antivirenprogramme (57 %) und sichere Passwörter (54 %). Darauf folgen die Zwei-Faktor-Anmeldung (34 %) und eine aktuelle Firewall (29 %). Die automatische Installation von Updates nutzen 27 Prozent, regelmäßige manuelle Updates ungefähr jede/r Vierte (24 %).

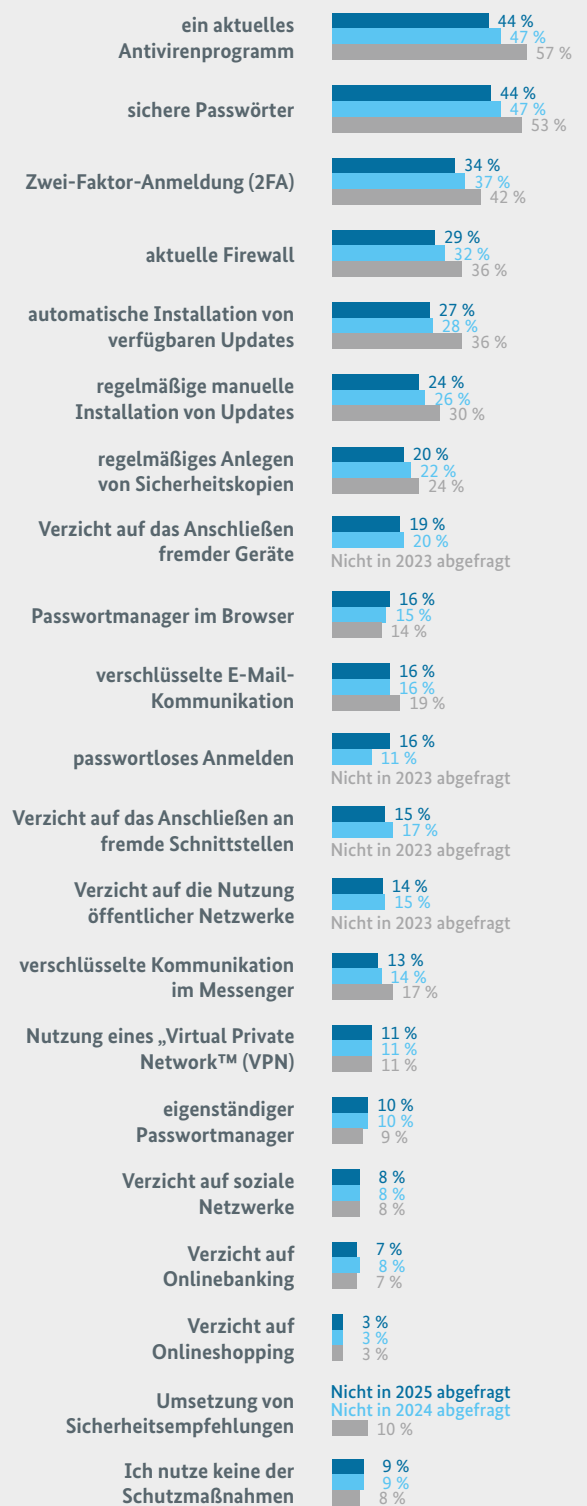
Im Vergleich zum Vorjahr ist die Nutzung der meisten Schutzmaßnahmen damit insgesamt stabil. Fast ein Drittel (30 %) gibt ein hohes Sicherheitsgefühl als Grund für die Nichtnutzung von Maßnahmen an. Ein Viertel kritisiert zudem, dass Maßnahmen zu kompliziert seien (24 %).

Sie haben angegeben, in den vergangenen zwölf Monaten Opfer von Cyberkriminalität gewesen zu sein. Um welche Art(en) von Straftat(en) handelte es sich dabei?



Arten von Online-Straftaten, von denen die Befragten innerhalb der vergangenen zwölf Monate betroffen waren.

Welche der folgenden Schutzmaßnahmen vor Gefahren im Internet verwenden Sie?



Im Schnitt setzen die Befragten auf rund vier Schutzmaßnahmen – am häufigsten auf Antivirenprogramme und sichere Passwörter.

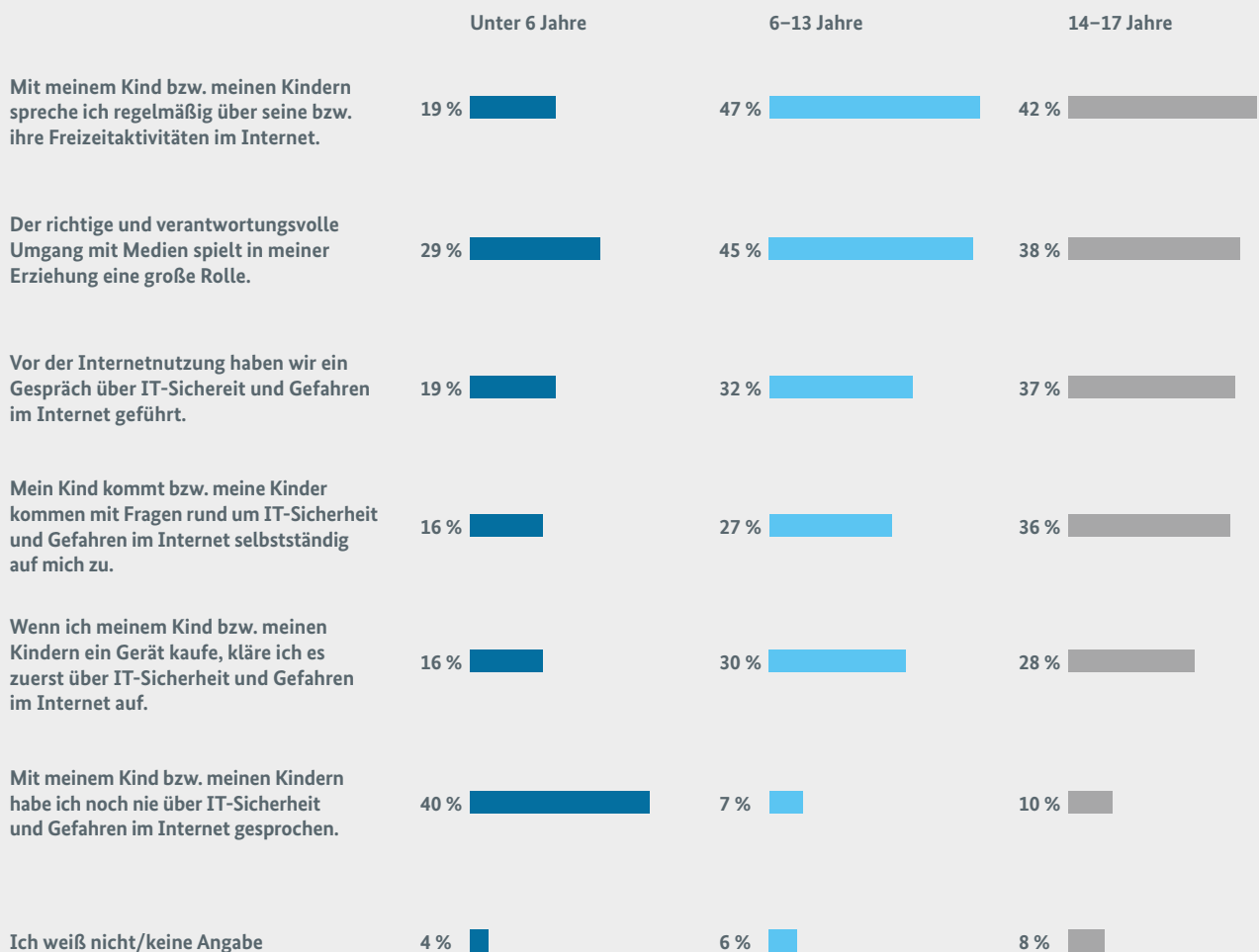
Trend zu mehr Sorglosigkeit ist ungebrochen

Mehr als die Hälfte der Befragten (58 %) hält ihr Risiko, persönlich von Cyberkriminalität betroffen zu sein, für eher oder sehr gering bis ausgeschlossen. Damit zeigt sich erneut ein leichter Anstieg der Unbesorgten: Ihr Anteil umfasste 2024 noch 56 % sowie 2023 50 %.

Am höchsten ist der Anteil der Unbesorgten mit 62 % unter den über 69-Jährigen, gefolgt von der jüngsten Altersgruppe, den 16- bis 22-Jährigen, mit 60 %. Der höchste Anstieg hingegen ist bei den 23- bis 29-Jährigen zu verzeichnen: Hier wuchs der Anteil der Sorglosen um fünf Prozentpunkte auf 54 %.

✓ Aufklärung von Kindern und Jugendlichen über Gefahren im Internet.

Sprechen Sie mit Ihrem Kind bzw. Ihren Kindern über Online-Aktivitäten und Gefahren im Internet?



Fokusthema „Digitaler Familienalltag“

Der CyMon 2025 rückt zudem den digitalen Familienalltag in den Fokus. Dabei zeigt sich, dass weniger als die Hälfte der Eltern regelmäßig mit ihren Kindern über deren Freizeitaktivitäten im Internet sprechen.

So sind es bei den 6- bis 13-Jährigen 47 % und bei den 14- bis

17-Jährigen nur 42 % der Eltern, die dieses Thema besprechen. Der Anteil jener Eltern, die den verantwortungsvollen Umgang mit Medien als wichtigen Bestandteil ihrer Erziehung ansehen, ist bei den 6- bis 13-Jährigen am höchsten: Dort umfasst er 45 %. Haben sie Kinder im Alter von 14 bis 17 Jahren, klärt mehr als ein Drittel der Eltern diese vor der Internetnutzung über IT-Sicherheit und Gefahren im Internet auf (37 %).

In der Altersgruppe kommt auch etwa ein Drittel der Kinder selbstständig mit Fragen auf ihre Eltern zu (36 %). Beides ist im Falle der jüngeren Altersgruppen seltener.

Weniger als ein Drittel der Eltern klärt ihr Kind bzw. ihre Kinder zudem vor dem Kauf eines Geräts über IT-Sicherheit und Gefahren im Internet auf: Am höchsten ist der Anteil bei Eltern von 6- bis 13-Jährigen (30 %), bei den 14- bis 17-Jährigen liegt er bei 28 %.

KERNERGEBNISSE DER STUDIE

2025 erlebten sieben Prozent der Befragten eine Straftat im Internet. Am häufigsten handelte es sich dabei um Betrug beim Onlineshopping (22 %), Phishing (12 %) oder Betrug beim Onlinebanking bzw. einen Missbrauch von Kontodaten (11 %). Ein Drittel der Betroffenen (33 %) musste zudem einen finanziellen Schaden hinnehmen. Während die Betroffenheit insgesamt leicht gesunken ist, verbleibt die Betroffenheit mit finanziellem Schaden auf ähnlich hohem Niveau wie in der Vorjahresbefragung.

Der CyMon 2025 zeigt, dass der Informationsstand der Bevölkerung zum Thema Cybersicherheit im Vergleich der letzten drei Jahre (2023–2025) zwar relativ stabil ist, aber eine leichte rückläufige Tendenz aufweist. Beunruhigend ist, dass mittlerweile jede/r vierte Befragte angibt, sich nie über Cybersicherheit zu informieren, selbst unter den Betroffenen.

Insgesamt unterstreichen die Studienergebnisse die anhaltende Relevanz von Cyberkriminalität im Alltag der Bürgerinnen und Bürger sowie die Notwendigkeit fortgesetzter Zusammenarbeit zwischen dem BSI und ProPK, um die digitale Sicherheit der Bevölkerung weiter zu stärken.

Daten zur Umfrage

Für den CyMon werden jährlich über 3.000 Menschen ab 16 Jahre befragt, die in einem Privathaushalt in Deutschland leben und über einen Internetzugang verfügen. Bei dem sogenannten Computer Assisted Web Interviewing (CAWI) füllen die Teilnehmenden eine Online-Umfrage aus. Dafür wird eine repräsentative Stichprobe anhand der Merkmale Alter, Geschlecht, Bildung und Bundesland aus dem Bilendi/respondi Online-Access-Panel gezogen. Der Cybersicherheitsmonitor kann damit sowohl Vergleiche zwischen unterschiedlichen Gruppen wie beispielsweise Altersgruppen als auch Entwicklungen über die Zeit darstellen.

Den Kurzbericht des Cybersicherheitsmonitors 2025 mit der Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse finden Sie unter www.polizei-beratung.de/fileadmin/Dokumente/Cybersicherheitsmonitor-CyMon-2025-Bericht.pdf, den Bericht zum Fokusthema „Digitaler Familienalltag“ unter www.polizei-beratung.de/fileadmin/Dokumente/Cybersicherheitsmonitor-2025-DigitalerFamilienalltag.pdf.

**KOMMISSION
POLIZEILICHE
KRIMINALPRÄVENTION**

05

GREMIENSTRUKTUR UND ORGANISATION

DER POLIZEILICHEN KRIMINAL- PRÄVENTION DER LÄNDER UND DES BUNDES

Die Gremien der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes wurden auf Basis eines Beschlusses der „Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder“ mit Wirkung zum 01.07.1997 neu geregelt. Unterhalb des AK II wurde der Bereich „Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes“, bestehend aus Projektleitung, Kommission und Geschäftsstelle, eingerichtet. Diese Struktur gewährleistet klare Zuständigkeiten der Gremien im Bereich der Polizeilichen Kriminalprävention, kürzere Geschäftswege und eine bessere Koordination der länderübergreifenden Kooperation sowie der Bund-Länder-Zusammenarbeit.

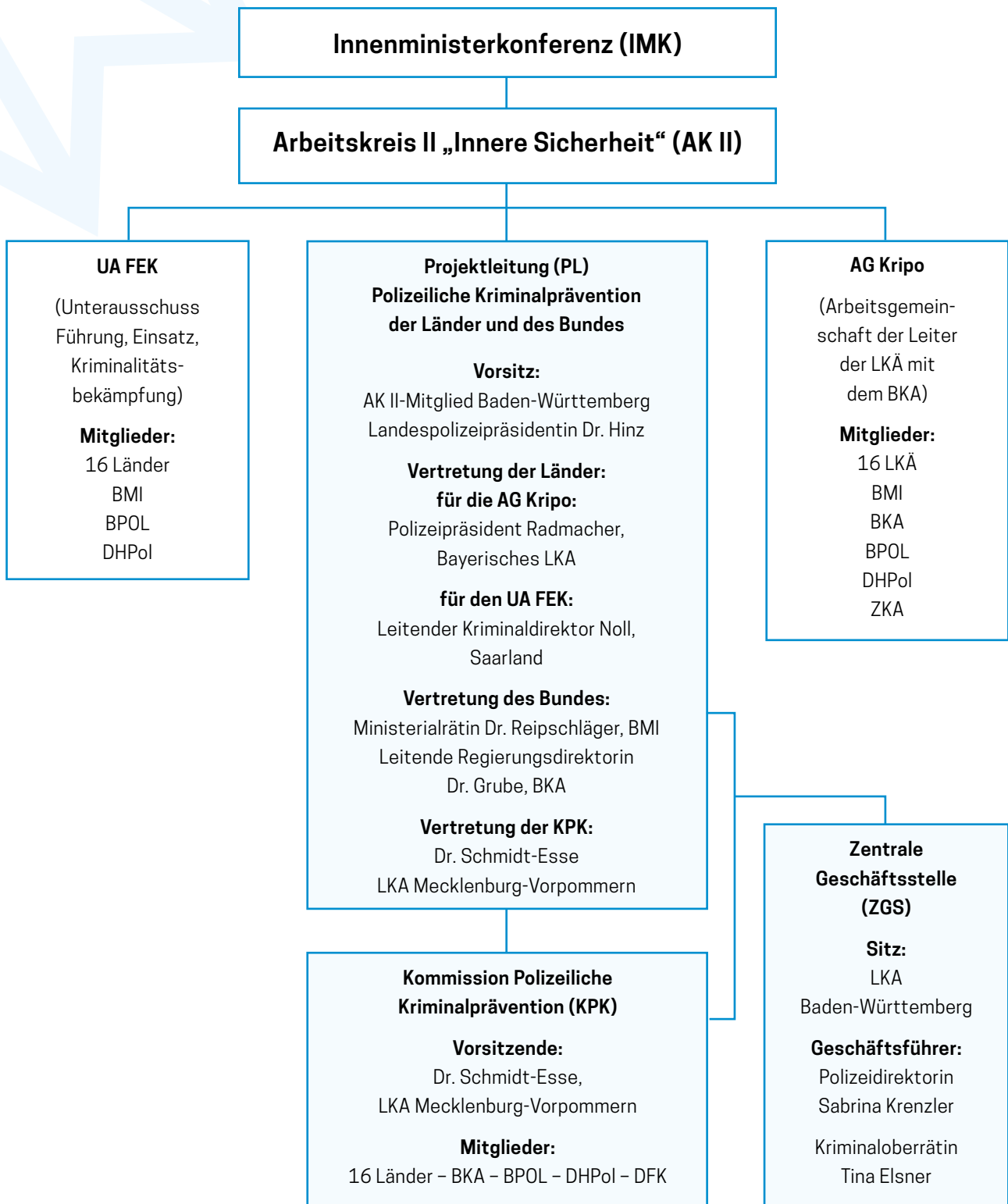
Die **Projektleitung** erörtert alle Grundsatzfragen der Polizeilichen Kriminalprävention mit länderübergreifender Bedeutung und ist zuständig für das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes.

Die **Kommission** leistet innerhalb der strategischen Vorgaben der Projektleitung die konzeptionelle Sacharbeit. Zu den Aufgaben der Kommission gehören die Entwicklung und Umsetzung von Präventionskonzeptionen, die fachliche Gestaltung der polizeilichen Beratungstätigkeit sowie die bundesweite Öffentlichkeitsarbeit. In der Kommission sind alle 16 Bundesländer und der Bund vertreten. Mitglieder sind im Regelfall die Leiterinnen und Leiter der Zentralstellen für Prävention der Landeskriminalämter sowie des Bundeskriminalamts und der Bundespolizei. Beratende Mitglieder sind jeweils ein Vertreter oder eine Vertreterin der Deutschen Hochschule der Polizei sowie der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK).

Der oder die Vorsitzende der Kommission wird turnusmäßig aus dem Kreis der Teilnehmenden gewählt und vertritt die Kommission in der Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention.

Die **Zentrale Geschäftsstelle*** mit Sitz in Stuttgart koordiniert als Anlaufstelle alle länderübergreifenden Aktivitäten der Polizeilichen Kriminalprävention im Gremienverbund und im Zusammenwirken mit außerpolizeilichen Präventionsträgern. Sie steuert das Programm Polizeiliche Kriminalprävention und führt die Geschäfte der Projektleitung sowie der Kommission. Darüber hinaus hält die Geschäftsstelle Kontakt zu anderen polizeilichen Gremien.

Eine der zentralen Aufgaben, die von den Gremien der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes wahrgenommen werden, ist das **Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)**. Mithilfe dieses Programms werden die Bevölkerung, Organisationen, Medien sowie Funktionsträger und Berufsgruppen, die präventionsorientiert arbeiten, über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten der Vorbeugung informiert. Dies geschieht unter anderem durch die Herausgabe von Informationsmedien, welche die örtlichen Polizeidienststellen in ihrer Präventionsarbeit unterstützen, sowie durch kriminalpräventive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.



LKA Landeskriminalamt
BMI Bundesministerium des Innern und für Heimat
DHPol Deutsche Hochschule der Polizei
DFK Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

BKA Bundeskriminalamt
BPOL Bundespolizei
ZKA Zollkriminalamt

* Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Zentrale Geschäftsstelle, c/o Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart, E-Mail: propk@polizei.bwl.de, Internet: www.polizei-beratung.de

DIE ARBEITSGEBIETE DER KOMMISSION POLIZEILICHE KRIMINALPRÄVENTION

ZUSTÄNDIGKEIT	ARBEITSGEBIETE
Bundeskriminalamt	› Politisch motivierte Kriminalität, Terrorismus, religiös/extremistisch motivierte Straftaten › Cybercrime (z. B. Internetkriminalität im engeren Sinn, Internet als Tatmittel)
Bundespolizeipräsidium	› Zivilcourage
LKA Baden-Württemberg	› Materialprüfung › Jugendgefährdung und Jugendkriminalität
Bayerisches Landeskriminalamt	› Einbruchskriminalität, sicherheitstechnische Prävention, mechanische Sicherung
LKA Berlin	› Betrug
Polizeipräsidium Land Brandenburg	› Drogenkriminalität, z. B. offene Drogenszene, Beschaffungskriminalität, Informationsbeschaffung und -steuerung (über stoffliche Neuerscheinungen, Schnelltests usw.)
LKA Bremen	› Sexuelle Gewalt, Belästigungen, Stalking
LKA Hamburg	› Städtebauliche Prävention
Hessisches Landeskriminalamt	› Elektronik / elektrische Meldung Schwerpunkt: elektronische Meldetechnik, optische Überwachung › Bankenschutz › Kulturgüterschutz
LKA Mecklenburg-Vorpommern	› Raub, Erpressung

ZUSTÄNDIGKEIT

ARBEITSGEBIETE

LKA Niedersachsen	› Fahrzeugkriminalität, Diebstahl rund ums Fahrzeug (z. B. Zweiräder, Kraftfahrzeuge, Boote, Wohnwagen, Fahrzeugtechnik, wie Ortungs- und Ladungssicherungssysteme)
LKA Nordrhein-Westfalen	› Opferschutz › Seniorinnen und Senioren
LKA Rheinland-Pfalz	› Kriminalität durch unbaren Zahlungsverkehr (z. B. Debit-, Kreditkarten)
LPP Saarland	› Einbruchskriminalität, verhaltensorientierte Prävention › Nachbarschaftshilfe
LKA Sachsen	› Gewalt gegen Personen und Sachen im öffentlichen Raum (z. B. Körperverletzung, Graffiti, Vandalismus)
LKA Sachsen-Anhalt	› Gewalt in der Familie und ähnlichen Lebensgemeinschaften
LPA Schleswig-Holstein	› Falschgeld
LPD Thüringen	› Einfacher Diebstahl (Ladendiebstahl einschl. des Personaldiebstahls, Warensicherungssysteme, Trick- und Taschendiebstahl)
Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ZGS), ohne Mitgliedschaft in der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention	› Mediensicherheit › Integration, Migration › wirksame Präventionsarbeit

PROJEKTGRUPPEN

NAME

MITGLIEDER*

Projektgruppe
Clankriminalität

- › **LKA Niedersachsen**
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › LKA Berlin
- › Bundeskriminalamt
- › Deutsches Forum für Kriminalprävention
- › Sicherheitskooperation Ruhr (SiKo Ruhr)
- › Zentrale Geschäftsstelle

Projektgruppe
Eigentumsdelikte

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › LKA Baden-Württemberg
- › Bayerisches LKA
- › LKA Berlin
- › Hessisches LKA
- › LKA Mecklenburg-Vorpommern
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › LKA Sachsen
- › LPA Schleswig-Holstein
- › Bundespolizei
- › Deutsches Forum für Kriminalprävention

Projektgruppe
Gewalt im öffentlichen Raum

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › Hessisches LKA
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › LKA Sachsen
- › Bundespolizei

NAME

MITGLIEDER*

**Projektgruppe
Hasskriminalität**

- › **Bundeskriminalamt**
- › LKA Baden-Württemberg
- › LKA Berlin
- › LKA Hamburg
- › LKA Mecklenburg-Vorpommern
- › LKA Rheinland-Pfalz
- › Deutsches Forum für Kriminalprävention
- › Zentrale Geschäftsstelle

**Projektgruppe
Informationsmanagement**

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › LKA Hamburg
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › LKA Rheinland-Pfalz
- › LPP Saarland
- › LKA Sachsen

**Projektgruppe
Islamismusprävention**

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › LKA Baden-Württemberg
- › Bayerisches LKA
- › LKA Berlin
- › PP Land Brandenburg
- › Hessisches LKA
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Nordrhein-Westfalen

NAME

MITGLIEDER*

Projektgruppe Kinder- und Jugendkriminalität

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › LKA Baden-Württemberg
- › LKA Berlin
- › PP Land Brandenburg
- › LKA Hamburg
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › LKA Rheinland-Pfalz
- › LKA Saarland
- › LPD Thüringen
- › Deutsches Forum für Kriminalprävention

Projektgruppe Mediensicherheit

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › LKA Baden-Württemberg
- › LKA Berlin
- › LKA Hamburg
- › LKA Mecklenburg-Vorpommern
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › LKA Rheinland-Pfalz
- › LKA Sachsen
- › Bundeskriminalamt
- › Deutsches Forum für Kriminalprävention

Projektgruppe Städtebau und Einbruchschutz

- › **LKA Hamburg**
- › LKA Baden-Württemberg
- › Bayerisches LKA
- › LKA Berlin
- › Hessisches LKA
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › LKA Sachsen
- › Bundespolizei
- › BTU Cottbus-Senftenberg
- › Deutsches Forum für Kriminalprävention
- › Zentrale Geschäftsstelle

NAME

MITGLIEDER*

Projektgruppe
Straftaten zum Nachteil älterer Menschen
(SäM-Delikte)

- › **LKA Nordrhein-Westfalen**
- › LKA Baden-Württemberg
- › PP Land Brandenburg
- › LKA Bremen
- › Hessisches LKA
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Saarland
- › LKA Sachsen
- › LPD Thüringen
- › Deutsches Forum für Kriminalprävention
- › Zentrale Geschäftsstelle

Projektgruppe
Wirkungsorientierte Präventionsarbeit

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › LKA Berlin
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › LPP Saarland
- › Bundespolizei
- › Hochschule für Polizei Rheinland-Pfalz
- › Deutsche Hochschule der Polizei
- › Deutsches Forum für Kriminalprävention

Projektgruppe
Zuwanderung

- › **Zentrale Geschäftsstelle**
- › Bayerisches LKA
- › LKA Berlin
- › PP Land Brandenburg
- › Hessisches LKA
- › LKA Niedersachsen
- › LKA Nordrhein-Westfalen
- › LKA Rheinland-Pfalz
- › Bundespolizei
- › Deutsches Forum für Kriminalprävention

KOOPERATIONSPARTNER DER POLIZEILICHEN KRIMINALPRÄVENTION IM JAHR 2025

KOOPERATIONSPARTNER

THEMEN DER ZUSAMMENARBEIT

ABUS August Bremicker Söhne KG, Wetter	› Einbruchschutz
Allgemeiner deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC), München	› Sicherer Autokauf im Internet
Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Berlin	› Antisemitismus › Gewalt › Hass im Netz › Verschwörungsmythen
Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung e. V. (ECPAT), Freiburg	› Kindersextourismus
AutoScout24 GmbH, Grünwald	› Sicherer Autokauf im Internet
Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Bonn	› Warn-App NINA
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg	› Antisemitismus › Gewalt › Hass im Netz › Radikalisierung › Verschwörungsmythen
Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Bonn	› Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien › Antisemitismus › Gewalt › Hass im Netz › Verschwörungsmythen

KOOPERATIONSPARTNER

THEMEN DER ZUSAMMENARBEIT

Bundesministerium des Innern	› Einbruchschutz › Intensivierung der Rechtsextremismus- / Antisemitismusprävention › Prävention sexuellen Missbrauchs von Kindern
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin	› Förderung der Handlungsbereitschaft bei Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung › Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung › Schutz von Frauen, Jugendlichen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften
Bundesnetzwerk! Zivilcourage, Berlin	› Antisemitismus › Gewalt › Hass im Netz › Radikalisierung › Verschwörungsmythen
Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, Bonn	› Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien
BHE Bundesverband Sicherheitstechnik e. V., Brücken	› Einbruchschutz
Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg, Lehrstuhl Architektur und Visualisierung, Cottbus	› Städtebau › Schutz bei Terror und Amok
Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Bonn	› Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien
BURG-WÄCHTER KG, Wetter	› Einbruchschutz

KOOPERATIONSPARTNER

THEMEN DER ZUSAMMENARBEIT

Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main	› Falschgeld
Deutscher Sparkassenverlag, Stuttgart	› Hallo-Hefte „Polizei für dich“ (Thema: Arbeit der Polizei), „Geflüchtet“ (Thema: Flüchtlinge), „Online - aber sicher!“ (Thema: Mediensicherheit), „Umgang miteinander“ (Thema: Gewalt)
Deutscher Präventionstag, Hannover	› 30. Deutscher Präventionstag, Augsburg › Mitglied des Programmbeirats
Deutscher Reiseverband e. V. (DRV), Berlin	› Kindersextourismus
Deutsches Jugendinstitut (DJI), München	› Förderung der Handlungsbereitschaft bei Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung › Gewalt junger Menschen im öffentlichen Raum › Gesprächskreis der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention
Deutschland sicher im Netz e. V., Berlin	› Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien › Sicherheitsbarometer (Siba-App)
Filmakademie Baden-Württemberg GmbH, Ludwigsburg	› Jugendgewalt › Wirkungsorientierte Präventionsarbeit › Vertrauensaufbau gegenüber Zuwanderern: Rolle und Aufgabe der Polizei
Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV), Berlin	› Einbruchschutz › Geldautomatensprengung

KOOPERATIONSPARTNER

THEMEN DER ZUSAMMENARBEIT

Hauptverband Deutscher Einzelhandel (HDE), Berlin	› Missbrauch von Debitkarten im elektronischen Lastschriftverkehr › Falschgeld
HEIM & HAUS Produktion und Vertrieb GmbH, Duisburg	› Einbruchschutz
IDS Information Display Services GmbH, Baden-Baden	› Optimierung des Medienvertriebs
interkey – Fachverband Europäischer Sicherheits- und Schlüsselfachgeschäfte e. V., Lippstadt	› Einbruchschutz
Kfw-Bankengruppe, Berlin	› Einbruchschutz
kleinanzeigen.de GmbH, Kleinmachnow	› Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien › Sicherer Autokauf im Internet
klicksafe.de, Ludwigshafen	› Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien › Hass im Netz
Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex), Stuttgart	› Antisemitismus › Verschwörungsmythen
Kriminologische Zentralstelle e. V. (KrimZ), Wiesbaden	› Opferschutz

KOOPERATIONSPARTNER

THEMEN DER ZUSAMMENARBEIT

mobile.de GmbH, Kleinmachnow	› Sicherer Autokauf im Internet
PaX AG, Ingelheim	› Einbruchschutz
Redaktion Eduard Zimmermann/ Deutsche Kriminal-Fachredaktion GmbH, Ismaning	› Verleihung XY-Preis › Sendung „Aktenzeichen XY - ungelöst“
Sozialwissenschaftliches Frauenfor- schungsinstitut Freiburg, Büro Berlin	› Förderung der Handlungsbereitschaft bei Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung
Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK), Bonn	› Einbruchschutz › Prävention Politisch motivierter Kriminalität › Zuwanderung › Mediensicherheit › Schutz von Frauen, Jugendlichen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften › Häusliche Gewalt › Städtebau
TELENOT ELECTRONIC GmbH, Aalen	› Einbruchschutz
Ufuq.de e. V., Berlin	› Islamismus
Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Berlin	› Prävention sexuellen Missbrauchs von Kindern › Zusammenarbeit im Nationalen Rat
UNICEF Deutschland, Köln	› Schutz von Frauen, Jugendlichen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften

KOOPERATIONSPARTNER

THEMEN DER ZUSAMMENARBEIT

VdS Schadenverhütung GmbH, Köln	› Einbruchschutz
Verband für Fassadentechnik e. V., Frankfurt am Main	› Einbruchschutz
WEISSER RING e. V., Mainz	› Opferschutz › Seniorensicherheit › Gewalt › Mitglied im Fachbeirat Kriminalprävention
Zentralrat der Juden in Deutschland, Berlin	› Antisemitismus › Gewalt › Hass im Netz › Radikalisierung › Verschwörungsmythen
Zentralverband der Elektrotechnik und Elektroindustrie (ZVEI) e. V., Fachverband Sicherheitssysteme, Frankfurt am Main	› Einbruchschutz
ZEBRA-BW – Zentrale Beratungsstelle für Weltanschauungsfragen, Freiburg	› Antisemitismus › Verschwörungsmythen › Hass im Netz

**MEDIEN DER
POLIZEILICHEN
KRIMINALPRÄVENTION**

06

ANGEBOTE FÜR DIE BEVÖLKERUNG

Betrug | Computer- und Internetkriminalität/Mediensicherheit



Faltblatt

„Vorsicht Karten-Tricks“

Informationen zu Risiken im unbaren Zahlungsverkehr sowie Tipps bei Kartenverlust.



Broschüre

„Gut beraten im hohen Alter“

Informiert über Kriminalitätsformen, denen Menschen im fortgeschrittenen Alter und bei eingeschränkter Mobilität besonders ausgesetzt sind.



Broschüre

„Im Alltag sicher leben“

Informationen über Kriminalitätsformen, denen ältere Menschen ausgesetzt sind. Mit Tipps zum wirksamen Schutz vor solchen Straftaten.



Aufsteller „Achtung!

Falsche Polizeibeamtete!“

Soll potenziellen Opfern, insbesondere älteren Menschen, helfen, Betrugsversuche zu erkennen.



Plakate

„Tatort Telefon – Schockanrufe“

Soll potenziellen Opfern, insbesondere älteren Menschen, helfen, Betrugsversuche zu erkennen.



Infokarten

„Tatort Telefon – Schockanrufe“

Soll potenziellen Opfern, insbesondere älteren Menschen, helfen, Betrugsversuche zu erkennen.



Broschüre

„Klicks-Momente für Internetnutzer“

Informationen über Gefahren bei der Nutzung der digitalen Medien und über Schutzmöglichkeiten.



Broschüre

„Onlinetipps für Groß und Klein“

Klärt über verschiedene Aspekte der Sicherheit im Umgang mit elektronischen Medien sowie über Gefahren im Internet auf.



Halo-Heft

„Online – aber sicher!“

Umfangreiche Informationen zur Medienkompetenz und Mediensicherheit im Alltagsleben der Kinder.

Computer- und Internetkriminalität | Einbruch | Diebstahl



Faltblatt

„Schutz vor Cyberangriffen“

Grundlegende Informationen zur IT-Sicherheit von kleinen und mittleren Unternehmen.



Broschüre „Sicher wohnen“

Empfehlungen zu technischen Sicherheitsvorkehrungen sowie Verhaltenstipps zum Schutz vor Wohnungseinbruch.



Faltblatt

„Sicher wohnen“

Die wichtigsten Informationen der Broschüre „Sicher wohnen“ in knapper Form.



Infokarte „K-EINBRUCH. Sichern Sie Ihr Zuhause“

Infos über die Einbruchschutzkampagne K-EINBRUCH. Mit Sicherheitstipps.



Autogrammkarte „K-EINBRUCH. Sichern Sie Ihr Zuhause“

Die K-EINBRUCH-Botschafterin Kristina Vogel wirbt für die Einbruchschutzkampagne und www.k-einbruch.de.



Autogrammkarte „Die Elster. Ein Profi-Einbrecher packt aus“

Der fiktive Einbrecher „Die Elster“ wirbt für die Kampagne K-EINBRUCH und die Elster-Kurzfilme.



Haftnotizen-Set

„Tipps für ein sicheres Zuhause“

Das Set wirbt für die Kampagne K-EINBRUCH und beinhaltet einen 25er-Block Haftnotizblätter.



Plakat „K-EINBRUCH. Sichern Sie Ihr Zuhause“

Das Plakat wirbt für die Kampagne K-EINBRUCH und den Internetauftritt www.k-einbruch.de.



Broschüre

„Schlechte Geschäfte für Einbrecher“

Ausführliche Informationen und Tipps zum Schutz gegen Einbruch in Gewerbeobjekte.

Einbruch | Diebstahl



Faltblatt „Schlechte Geschäfte für Einbrecher“

Enthält die wichtigsten Informationen der Broschüre „Schlechte Geschäfte für Einbrecher“ in knapper Form.



DIN lang-Prospekt „Alarmanlagen richtig planen“

Enthält die wichtigsten Informationen für die Planung und Installation einer Alarmanlage.



Faltblatt „Mehr Sicherheit in unserem Viertel!“

Informiert darüber, wie eine aufmerksame Nachbarschaft dazu beitragen kann, Straftaten zu verhindern.



Faltblatt „Einbruchschutz zahlt sich aus“

Informiert über die staatliche Förderung von Einbruchschutz. Herausgegeben vom DFK.

- › Nur online verfügbar



Aufkleber „Tag des Einbruchschutzes 2026“

Streu- und Werbemittel für den Tag des Einbruchschutzes 2026.



Aufkleber „Vorsicht! Wachsender Nachbar“

Streu- und Werbemittel für Nachbarschaftshilfe und Schutz vor Einbruchdiebstahl.



Plakat „Vorsicht Taschendiebe!“

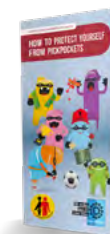
Informationen zum Schutz vor Taschendieben mit Verhaltens-tips und QR-Code.

- › zweisprachig (deutsch/englisch)



Faltblatt „So schützen Sie sich vor Taschendieben“

Tipps gegen die Tricks von Taschendieben mit Empfehlungen für Opfer und Zeugen.



Faltblatt „How to protect yourself from pickpockets“

Informiert in englischer Sprache, wie Taschendiebe vorgehen.

Diebstahl



Faltblatt

„Sicherheit rund um Ihren Urlaub“

Sicherheitstipps für Urlauber vor und während der Reise sowie am Urlaubsort.



Faltblatt

„Sicherheit rund ums Fahrzeug“

Informationen zum Schutz gegen Diebstahl von und aus Kraftfahrzeugen.



DIN lang-Prospekt

„Räder richtig sichern“

Informationen zur Sicherung und Registrierung des Fahrrads. Mit Fahrradpass zum Heraustrennen.



Aufkleber

„Finger weg! Mein Rad ist codiert!“

Weist auf die angelegte Codierung des Fahrrads hin, um so potenzielle Diebe abzuschrecken.



Boots-Pass „Mein Boot ist codiert!“

Zur Erfassung der individuellen Merkmale eines Bootes, um es im Fall von Diebstahl leichter sicherstellen zu können.

➤ Nur online verfügbar.



Mappe

„Diebstahl von Transportgütern“

Informiert über das ISF-Projekt CARGO und die typische Vorgehensweise von Frachtdieben.



Faltblatt

„Diebstahl von Transportgütern“

Das mehrsprachige Faltblatt enthält Empfehlungen, wie sich Berufskraftfahrer vor Übergriffen schützen können.



Aufkleber

„Cargo Security“ (DIN A4/A7)

Sensibilisiert für die Gefahr des Ladungsdiebstahls.

Gewalt | Jugendschutz



Broschüre

„Wege aus der Gewalt“

Informationen für Eltern zu Ursachen und Folgen von Gewalt bei Kindern und Jugendlichen.



Hallo-Heft

„Gemeinsam sind wir stark“

Beschreibt Erfahrungen zu Gewalt, Mobbing, Erpressung und Chatten im Internet und nennt Verhaltensregeln.



Hallo-Heft

„Umgang miteinander“

Informiert über Themen wie Mobbing, Zivilcourage und Gefahren im Internet.



Faltblätter

„Terror / Amok“

Informationen über Extremsituationen wie terroristische Anschläge, Amoktaten oder bewaffnete Angriffe.



Broschüre

„Missbrauch verhindern!“

Informiert Eltern über sexuellen Kindesmissbrauch und wie im Verdachtsfall gehandelt werden kann.



Plakate

„Missbrauch verhindern!“

Die Plakate transportieren die Botschaften der Kampagne „Missbrauch verhindern!“



Infokarten

„krass - lost - wild“

Bewerben den Internetauftritt www.polizeifuerdich.de für Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren.



Infokarte

„Polizei für dich“

Weist auf die deutschsprachige kinder- und jugendaffine Internetseite www.polizeifuerdich.de hin.
 ► Mehrsprachig



Aufkleber

„Polizei für dich“

Bewirbt den Internetauftritt www.polizeifuerdich.de für Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren.

Jugendschutz | Drogen | Opferschutz



Halo-Heft „Polizei für dich“

Beinhaltet umfangreiche Informationen zur Rolle und Aufgaben der Polizei in kindgerechter Art.



Halo-Heft „Geflüchtet“

Das Heft erklärt in kindgerechter Form das Thema Krieg, Flucht und Neuanfang in einem fremden Land.



Faltblatt „Jugendschutzgesetz“

Tabellarische Übersicht wesentlicher Jugendschutzvorschriften für Zuwandererfamilien. In acht Sprachen.



Broschüre „Sucht erkennen und vorbeugen“

Informationen für Eltern zu den Ursachen und Folgen des Konsums legaler und illegaler Drogen. Mit Hinweisen zur Vorbeugung.



Infokarten „Lethal Highs“

Bewerben die Kampagne „Lethal Highs“ gegen Drogenmissbrauch und verdeutlichen die Risiken von Neuen psychoaktiven Stoffen (NPS).



Plakate „Lethal Highs“

Bewerben die Kampagne „Lethal Highs“ gegen Drogenmissbrauch und verdeutlichen die Risiken von Neuen psychoaktiven Stoffen (NPS).



Handzettel „Opferschutz“

Insgesamt sieben Handzettel mit Erstinformationen für Opfer und deren Angehörige.



Plakatserie „Opferschutz“

Acht Plakate, die Opfer oder deren Angehörige dazu bringen sollen, Anzeige zu erstatten.



Faltblatt „So hilft die Polizei Kriminalitätsoffern“

Informationen über Hilfen der Polizei für Opfer von Kriminalität. Auf Deutsch, Englisch und Arabisch sowie Deutsch, Ukrainisch und Russisch.

Politisch motivierte Kriminalität | Schleusung | Verkehrsprävention



Faltblatt „Friedliches Demonstrieren ist Ihr Grundrecht“

Erläutert das Grundrecht auf (friedliche) Versammlungsfreiheit sowie Rolle und Aufgaben der Polizei wie z. B. Schutz der Grundrechte.



Plakat „Demo JA – Gewalt NEIN“

Betont das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und fordert gleichzeitig dazu auf, sich von Straftaten und Gewalt zu distanzieren.



Plakat „Für Ihre Grundrechte gehen wir auf die Straße“

Fordert zu friedlichen Formen von Protest und Demonstration auf.



Infokarte „Für eine sichere Veranstaltung“

Ruft zum friedlichen Demonstrieren auf und bittet um Verständnis für polizeiliche Kontrollen.



Infokarte „Demo JA – Gewalt NEIN“

Mit Anstecker für Veranstaltungsteilnehmer, die damit am Aufruf zu friedlichem Protest mitmachen können.



Faltblatt „Autofahrer aufgepasst: Mitfahrer genau prüfen!“

Beschreibt, wie Schleuser Online-Mitfahrzentralen für ihre Zwecke missbrauchen.



Faltblatt „Einfach sicherer unterwegs“

Die wichtigsten Regeln im Straßenverkehr und Vorschriften für Radfahrer. Auf Deutsch, Englisch und Arabisch.



Faltblatt „Bahnverkehr: Informationen der Polizei für Ihre Sicherheit“

Warnt vor Gefahren bzw. vermittelt richtiges Verhalten im Schienenverkehr. Mit Notfallkarte. Auf Deutsch, Englisch und Arabisch.



Plakatsatz „Sicherheit im Straßen- und Bahnverkehr“

Richtiges Verhalten im Schienenverkehr, Verkehrsregeln für Fußgänger und Radfahrer. Auf Deutsch, Englisch und Arabisch.

Zivilcourage | Kriminalität allgemein



Faltblatt „Zivilcourage zeigen“

Sechs Botschafter vermitteln die wichtigsten Regeln, wie Augenzeugen von Straftaten oder eskalierenden Konflikten Zivilcourage zeigen können.



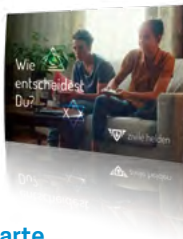
Plakat „Im Notfall: So verhalten Sie sich richtig!“

Vermittelt Regeln zum richtigen Verhalten im Notfall. Auf Deutsch, Englisch, Französisch und Arabisch.



Plakat „Im Notfall: So verhalten Sie sich richtig!“

Vermittelt Regeln zum richtigen Verhalten im Notfall. Auf Deutsch, Ukrainisch und Russisch.



Infokarte „Chris + Lea“

Bewirbt den interaktiven Kurzfilm „Chris + Lea“ auf www.zivile-helden.de/chris.



Plakat „Wimmelbild“

Auf dem Plakat können über 60 verschwörungsrelevante Hinweise sowie einige Szenen aus dem Film „Chris + Lea“ gesucht und gefunden werden.



Infokarte „Wimmelbild“

Bewirbt das Plakat zum Thema „Verschwörungsmythen“.



Faltblatt „Für ein gutes Zusammenleben“

Beschreibt die Rolle der Polizei sowie Regeln für ein gutes Zusammenleben. Mit den wichtigsten Notrufnummern. Auf Deutsch, Englisch und Arabisch.



Infokarte „Wissen schützt“

Die Infokarte wirbt für das Internetportal www.polizei-beratung.de.



Informationsblätter

Informationen für bestimmte Bevölkerungs- bzw. Berufsgruppen. Themen von Offertenschwindel über Vorauszahlungsbetrug bis Einzeltrick.

ANGEBOTE FÜR FACHKRÄFTE UND MULTIPLIKATOREN

Computer- und Internetkriminalität/Mediensicherheit | Gewalt



Handreichung

„Schule fragt. Polizei antwortet.“

Informationen zur Entwicklung von Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen.



Plakat

„Sounds Wrong“

Bewirbt die Kampagne „Sounds Wrong“ und ruft dazu auf, sexualisierte Darstellungen Minderjähriger zu melden statt zu teilen.



Faltblätter

„Sounds Wrong“

Zielgruppengerechte Informationen zur „Sounds Wrong“-Kampagne gegen die Verbreitung von Kinderpornografie. Für Jugendliche, Erziehungsberechtigte und Lehrkräfte.



Medienpaket „Junge Menschen stärken – Radikalisierung vorbeugen“

Unterstützt Fachkräfte in Schule, Jugendarbeit und Polizei bei den Themen Islamismus und Islamfeindlichkeit.



Handreichung „Radikalisierung erkennen und Anwerbung verhindern“

Orientierungshilfe für Haupt- und Ehrenamtliche in der Arbeit mit geflüchteten Personen.



Handreichung „Herausforderung Gewalt“

Arbeitsgrundlage zur Gewaltprävention an Schulen mit Erläuterungen zu Erscheinungsformen von Gewalt.



Medienpaket „Gewaltig daneben“

Sieben kurze Videoclips im Smartphone-Format zu den Themen Provokation, körperliche Gewalt, (Cyber-)Mobbing und Erpressung. Mit Begleitheft.



Infokarte

„Gewaltig daneben“

Bewirbt die gleichnamigen Materialien für die Präventionsarbeit mit jungen Menschen.



Handreichung

„Kinder schützen“

Informationen zu Erscheinungsformen und Risikofaktoren von Kindesmisshandlung und -vernachlässigung. Mit Empfehlungen für den Verdachtsfall.

Gewalt | Terror



Broschüre „Sicherheit für Amts- und Mandatsträger und Personen des öffentlichen Lebens“

Empfehlungen für mehr Handlungssicherheit in schwierigen Situationen.



Handreichung „Beschäftigte vor Übergriffen schützen“

Informationen für Personalverantwortliche, wie sie ihre Beschäftigten vor Kundenübergriffen schützen können.



Faltblatt „Wie Sie sich vor Übergriffen Ihrer Kunden schützen“

Tipps zum Schutz vor Übergriffen durch Kunden für Beschäftigte an Arbeitsplätzen mit Kundenverkehr.



Infokarte

„Aufmerksam unterwegs!“

Konkrete Handlungsempfehlungen für Mitarbeiter des ÖPV beim Auffinden von verdächtigen Gegenständen und Gepäckstücken. Mit Praxisbeispielen.



Plakatserie

„Aufmerksam unterwegs“

Drei Plakate (Motiv: Einkaufen, Bahn und Bus) mit der Botschaft „Achten Sie auf herrenlose Gepäckstücke“.



Plakat

„Aufmerksam unterwegs“ (ÖPV)

Konkrete Handlungsempfehlungen für Mitarbeiter des ÖPV beim Auffinden von verdächtigen Gegenständen und Gepäckstücken.



Plakat

„Aufmerksam unterwegs“ (Schiff)

Plakat mit der Botschaft „Achten Sie auf herrenlose Gepäckstücke“. Für Schifffahrtsbetriebe.

Städtebau | Zivilcourage | Sicherheitstechnik



Handreichung

„Schutz vor Überfahrtaten“

Unterstützt Kommunalverantwortliche bei der Erarbeitung von Zufahrtsschutzkonzepten.



Handreichung „Kriminalprävention durch Bauleitplanung“

Ratgeber zur Formulierung von Stellungnahmen zu Sicherheitsaspekten.



Handreichung „Leitfaden für die kooperative Sicherheitsarbeit zum und im ÖPV“

Empfehlungen für die Ausgestaltung kooperativer Präventionsarbeit an Bahnhöfen und Haltestellen.



Plakatsatz „Aktion-tu-was“

Sechs Botschafter transportieren die Regeln der „Aktion-tu-was“ für mehr Zivilcourage auf insgesamt sechs Plakaten.



Plakatsatz „AnsichtsSache - ÖPV“

Vier Plakate vermitteln, welche unsicherheitsauslösenden Verhaltensweisen es in Alltagssituationen im Bereich des ÖPV gibt und wie diese vermieden werden können.



Plakatsatz „AnsichtsSache“ - Öffentlicher Raum

Drei Plakate vermitteln, welche unsicherheitsauslösenden Verhaltensweisen es in Alltagssituationen im öffentlichen Raum gibt und wie diese vermieden werden können.



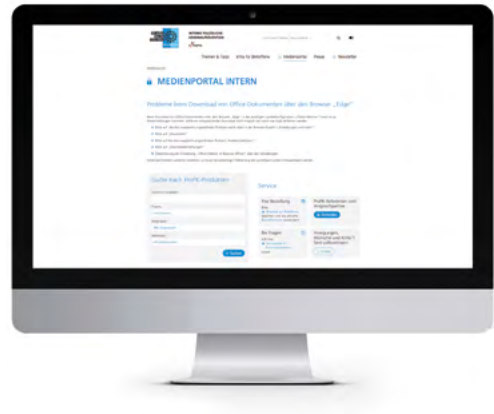
Handreichung „Gemeinschaftsunterkünfte für Zuwanderer sicher gestalten“

Entscheidungshilfe für Betreiber von Unterkünften und deren Sicherheit.

INTERNE ANGEBOTE FÜR DIE POLIZEI

Medienportal Polizeiliche Kriminalprävention

Datenbankanwendung für Polizeibeschäftigte, mit der sich das Informationsangebot der Polizeilichen Kriminalprävention einfach und schnell recherchieren lässt. Jedes Produkt ist bezüglich Inhalt, Einsatzmöglichkeiten und Bezugsquelle kurz beschrieben. Abzurufen im polizeilichen Extranet unter <https://polizei-beratung.extrapol.de/medienportal/>.



support
Prävention wirksam machen.

Fachportal „support“

Das Fachportal unterstützt Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der Kriminalprävention in ihrer täglichen Arbeit und bietet Orientierung, Grundlagenwissen und Werkzeuge für eine wirkungsorientierte Präventionsarbeit. Darüber hinaus hält es Informationen für verantwortliche Führungskräfte vor und begleitet bei der Aus- und Fortbildung. „support“ steht allen Mitarbeitenden der Polizeien der Länder und des Bundes auf EXTRAPOL zur Verfügung, die sich in das Thema Wirkungsorientierung einarbeiten möchten: <https://support.polizei-beratung.extrapol.de>.

ONLINE-ANGEBOTE



www.polizei-beratung.de

Das Internetportal bietet der Bevölkerung, Kooperationspartnern in der Prävention sowie interessierten Fachleuten im Medienbereich umfassende Informationen zu einem breiten Spektrum an Themen der Kriminalitätsvermeidung und des Opferschutzes.

www.k-einbruch.de

Die Website ist Kern der Einbruchschutzkampagne K-EINBRUCH. Sie bietet Informationen der Polizei zum Thema Einbruchschutz, einen umfangreichen Pressebereich und verlinkt auf die Kooperationspartner der Kampagne. Zusätzlich gibt es sicherungstechnische und verhaltensorientierte Empfehlungen zum Schutz vor Haus- und Wohnungseinbruch in interaktiver Form.



www.polizeifuerdich.de

Das Online-Angebot „Polizei für dich“ ist der Internetauftritt der Polizeilichen Kriminalprävention für Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren. Er informiert in zielgruppengerechter Sprache über polizeirelevante Themen wie beispielsweise Diebstahl, Körperverletzung, Drogen oder Sachbeschädigung, mit denen Kinder und Jugendliche oftmals konfrontiert werden. Außerdem bietet die Seite fundierte Rechtsinformationen und zeigt unter anderem, wie ein Strafverfahren abläuft. Darüber hinaus erhalten die jungen Nutzerinnen und Nutzer Informationen über Hilfeangebote. Eine Suchfunktion und ein ausführliches Glossar ergänzen die Seite.



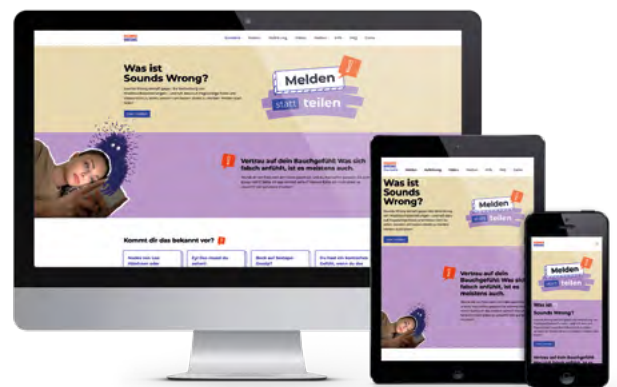


www.aktion-tu-was.de

Internetplattform der Initiative „Aktion-tu-was“, die junge Menschen für Zivilcourage gewinnen möchte. Kernbotschaft ist die Vermittlung der sechs wichtigsten Verhaltensregeln beim Beobachten von Straftaten.

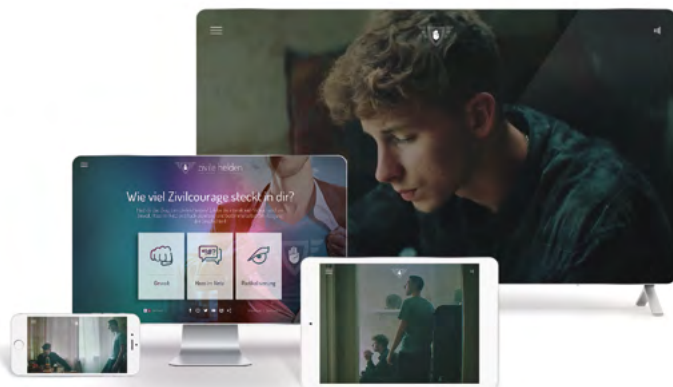
www.soundswrong.de

Die Website ist Teil der bundesweiten, medienübergreifenden Kampagne der Polizeilichen Kriminalprävention gegen die strafbare Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen durch Kinder und Jugendliche. Sie richtet sich an junge Menschen sowie ihre erwachsenen Bezugspersonen und erklärt, welche Folgen das Teilen von strafbaren Inhalten über Chats oder Messenger auch für Minderjährige haben kann. Im Mittelpunkt steht die Aufforderung „Melden statt teilen“, wofür die Seite mehrere Meldemöglichkeiten anbietet.



www.zivile-helden.de

Das Online-Angebot ist die Website der Kampagne „Zivile Helden“, die aus dem Forschungsprojekt PräDi-SiKo hervorgegangen ist. Die Kernbotschaft der Seite ist die Förderung von Zivilcourage. Interaktive (Musik-)videos zu den Themen Gewalt im öffentlichen Raum, Hass im Netz, Radikalisierung, Verschwörungsmymen und Antisemitismus vermitteln jungen Menschen Handlungsmöglichkeiten für den Ernstfall. Zu jedem Video gibt es zudem ein Quiz, wodurch die polizeilichen Empfehlungen zur Zivilcourage vertiefend vermittelt werden. Darüber hinaus erhalten die Nutzerinnen und Nutzer Hintergrundinformationen und Tipps zu den einzelnen Themen und eine Übersicht über mögliche Ansprechpartner und Hilfsangebote.



SOCIAL MEDIA-ANGEBOTE



Facebook

Fotos, Videos und Präventionsbotschaften – unser Social Media-Angebot bei Facebook bietet Tipps von A wie Angst im Dunkeln bis Z wie Zivilcourage. Wir bleiben im Dialog und geben einfache Präventionstipps – nicht nur für Jugendliche, sondern auch für Eltern, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Interessierte in der Altersgruppe 35 bis 65 und darüber hinaus. Außerdem kommentieren wir als „Zivile Helden“ unter anderen Beiträgen und streuen so unsere Inhalte.

www.facebook.com/ZiviHelden/



X

Unser Angebot auf X, ehemals Twitter, richtet sich an Journalistinnen und Journalisten sowie Menschen, die beim Blick auf das aktuelle Tagesgeschehen die Prävention nicht aus den Augen verlieren möchten. In der Diskussion bleiben rund um unsere Themen, neuen Produkte und Pressemitteilungen – das möchten wir mit unseren Followern, und sie so auch mithilfe der Trends auf X über unsere Inhalte informieren.

www.twitter.com/ZivileHelden



Instagram

Bildsprache in der Prävention ist nicht immer einfach – doch gepaart mit jugendlich formulierten Kurztips und einem Wiedererkennungswert erreichen wir die Zielgruppe 18 bis 40, die unsere Inhalte bereits kennt und möchten die Beratung statt Kontrolle durch geschickt platzierte audio-visuelle Inhalte und klare Regeln für den gesellschaftlichen Umgang noch verstärken.

www.instagram.com/zivilehelden/



YouTube

Der Kanal Polizeiprävention existiert bereits seit Jahren auf dem Online-Video-Portal. Es dient als Kommunikationskanal für unsere hochwertig produzierten Kampagnen-Videos. Über die Abonnement-Funktion sind wir gut erreichbar, alle Abonnierenden werden sofort über ein neu hochgeladenes Video informiert und können kommentieren, liken und über alle sozialen Netzwerke teilen.

www.youtube.com/user/Polizeipraevention

Posten und teilen erwünscht!

Die aktuellen Beiträge für die Social Media-Kanäle der Polizeilichen Kriminalprävention können in der Regel freitags für die jeweils kommende Woche im Internet unter **www.polizei-beratung.de/medienangebot** bzw. im polizeilichen Extranet unter **<https://polizei-beratung.extrapol.de/medienportal>** heruntergeladen werden.

NOTIZEN

[illegible]

ANSPRECHPARTNER DER POLIZEILICHEN KRIMINALPRÄVENTION

Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Polizeiliche Kriminalprävention
Taubenheimstraße 85
70372 Stuttgart
Tel.: 07 11/54 01-0, -34 58
E-Mail: praevention@polizei.bwl.de
www.polizei-bw.de

Bayerisches Landeskriminalamt

Polizeiliche Kriminalprävention
Maillingerstraße 15
80636 München
Tel.: 0 89/12 12-0, -41 44
E-Mail: blka.sg513@polizei.bayern.de
www.polizei.bayern.de

Polizei Berlin Landeskriminalamt

Zentralstelle für Prävention
Columbiadamm 4
10965 Berlin
Tel.: 0 30/46 64 -97 91 14
E-Mail: lkapraev@polizei.berlin.de
www.polizei.berlin.de

Polizeipräsidium Land Brandenburg

Polizeiliche Kriminalprävention
Kaiser-Friedrich-Str. 143
14469 Potsdam
Tel.: 03 31/2 83-42 60
E-Mail: polizeiliche.praevention@polizei.brandenburg.de
www.polizei.brandenburg.de

Polizei Bremen

Zentrale Polizeiliche Prävention
Am Wall 195
28195 Bremen
Tel.: 04 21/3 62-1 90 03
E-Mail: praeventionszentrum@polizei.bremen.de
www.polizei.bremen.de

Landeskriminalamt Hamburg

Polizeiliche Kriminalprävention
Postfach 60 02 80
22202 Hamburg
Tel.: 0 40/42 86 -7 07 07
E-Mail: kriminalpraevention@polizei.hamburg.de
www.polizei.hamburg

Hessisches Landeskriminalamt

Prävention
Hölderlinstraße 1-5
65187 Wiesbaden
Tel.: 06 11/83-0
E-Mail: OE60.hlka@polizei.hessen.de
www.polizei.hessen.de

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Polizeiliche Kriminalprävention
Retgendorfer Straße 9
19067 Rostock
Tel.: 0 38 66/64-0, -61 11
E-Mail: praevention@lka-mv.de
www.polizei.mvnet.de

Landeskriminalamt Niedersachsen

Dezernat FPJ
Forschung, Prävention, Jugend
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover
Tel.: 05 11/98 73-0, -12 03
E-Mail: fpj@lka.polizei.niedersachsen.de
www.polizei.niedersachsen.de

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen

Polizeiliche Kriminalprävention
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf
Tel.: 02 11/9 39-0, -32 08
E-Mail: vorbeugung.lka@polizei.nrw.de
<https://lka.polizei.nrw>

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

Polizeiliche Kriminalprävention
Valenciaplatz 1-7
55118 Mainz
Tel.: 0 61 31/65-0
E-Mail: LKA.LS4.MA@polizei.rlp.de
www.polizei.rlp.de

Landespolizeipräsidium Saarland

Polizeiliche Kriminalprävention
Mainzer Straße 134-136
66121 Saarbrücken
Tel.: 06 81/9 62-0, -28 68
E-Mail: lpd253@polizei.slpol.de
www.saarland.de/polizei.htm

Landeskriminalamt Sachsen

Zentralstelle für polizeiliche
Prävention
Neuländer Straße 60
01129 Dresden
Tel.: 0351/32750-109
E-Mail: praevention.lka@polizei.sachsen.de
www.polizei.sachsen.de

Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt

Polizeiliche Kriminalprävention
Lübecker Straße 53-63
39124 Magdeburg
Tel.: 03 91/2 50-0, -24 40
E-Mail: praevention.lka@polizei.sachsen-anhalt.de
www.polizei.sachsen-anhalt.de

Landespolizeiamt Schleswig-Holstein

Polizeiliche Prävention
Mühlenweg 166
24116 Kiel
Tel.: 04 31/1 60-0, -6 55 55
E-Mail: kiel.lpa132@polizei.landsh.de
www.polizei.schleswig-holstein.de

Landespolizeidirektion Thüringen

Polizeiliche Kriminalprävention
Melchior-Bauer-Straße 5
99092 Erfurt
Tel.: 03 61/57 43-1 62 18
E-Mail: praevention.lpd@polizei.thueringen.de
www.polizei.thueringen.de

Bundespolizeipräsidium

Polizeiliche Kriminalprävention
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
Tel.: 03 31/9 79 97-0
E-Mail: kriminalpraevention@polizei.bund.de
www.bundespolizei.de

Bundeskriminalamt

Polizeiliche Kriminalprävention (IZ 31)
65173 Wiesbaden
Tel.: 06 11/55- 18 03 4
E-Mail: iz31-propk@bka.bund.de
www.bka.de

IMPRESSUM

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, insbesondere eine Reproduktion oder Vervielfältigung – auch in den elektronischen Medien – bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Herausgebers.

Herausgeber

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes

Zentrale Geschäftsstelle

Taubenheimstraße 85

70372 Stuttgart

www.polizei-beratung.de

Redaktion

Julia Christiani

Polizeiliche Kriminalprävention
der Länder und des Bundes

Gestaltung

H2F Kommunikationsagentur (H2F GmbH & Co. KG),
Rostock

Bildnachweis

Fotos:

Studioline Photography (S. 5)

Maik Goering (S. 14)

iStock/agsandrew (S. 15)

Adobe Stock/Robert Kneschke (S. 16)

Thomas Weccard (S. 19)

Polizeiliche Kriminalprävention (S. 27; 30)

Abbildungen:

Polizeiliche Kriminalprävention (S. 9; 11; 13; 16; 20;
21; 22; 28; 29; 31; 34; 35; 36; 37; 41; 42; 47)

Druck

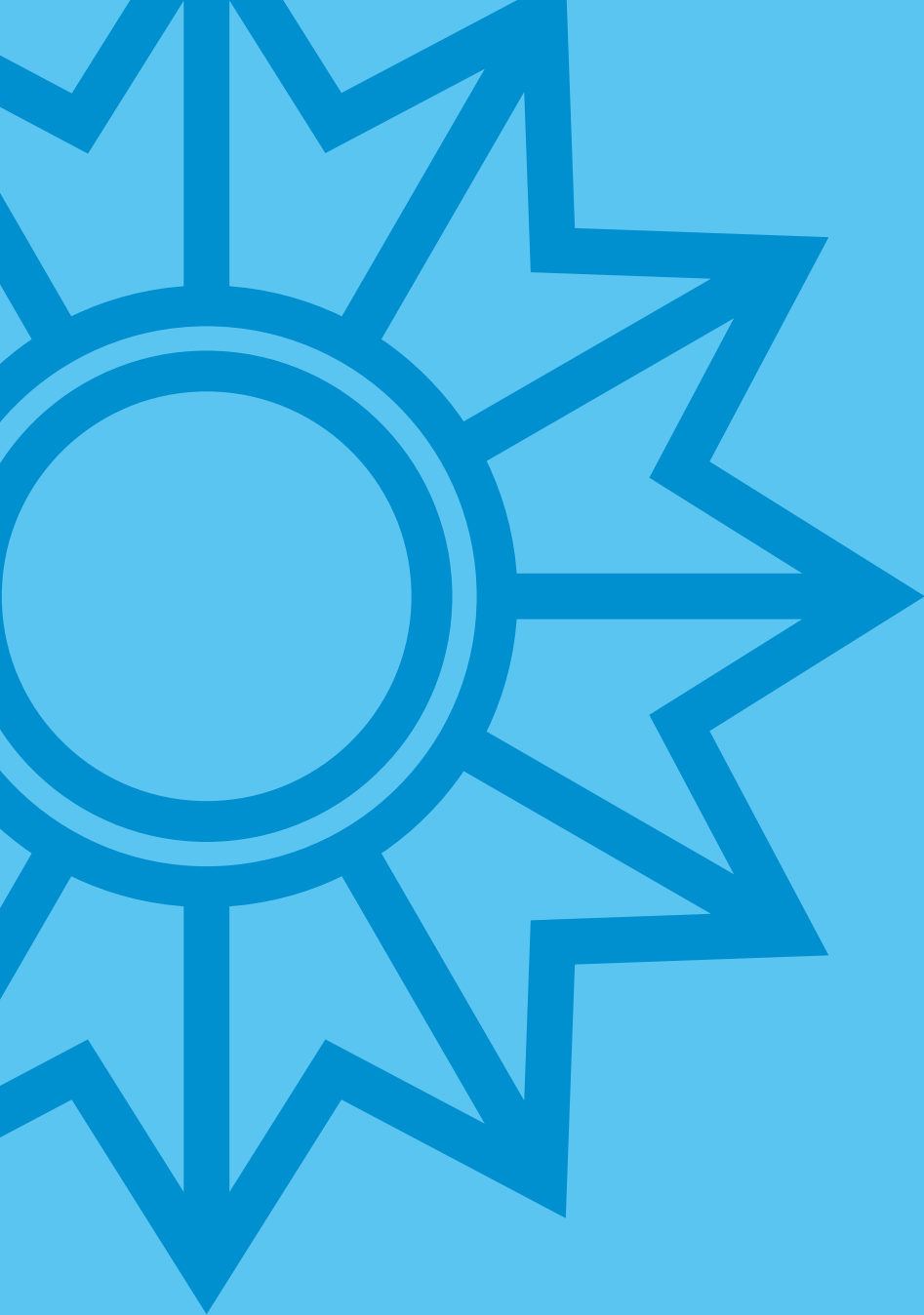
Kern GmbH

In der Kolling 120

66450 Bexbach

Stand

03/2026

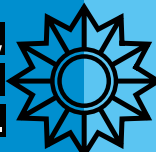


EINE PUBLIKATION IHRER POLIZEI.

Weitere Infos finden Sie unter
www.polizei-beratung.de

Herausgeber:
**Polizeiliche Kriminalprävention
der Länder und des Bundes**
Zentrale Geschäftsstelle
Taubenheimstraße 85
70372 Stuttgart

**Wir wollen,
dass Sie
sicher leben.**



Ihre Polizei